



BdV-NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften · Landesverband Baden-Württemberg · Schloßstr. 92 · 70176 Stuttgart

55. Jahrgang

Stuttgart, März / April / Mai · Nr. 1/2007

E 20094

10 Jahre Deutsch-Tschechische Erklärung Bernd Posselt: Sie löste kein einziges Problem Johann Böhm: Zukunftsfonds einziger Lichtblick

Zum 10 Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung gab der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Johann Böhm, dem Deutschlandfunk ein Interview.

Darin sagte er unter anderem:

„Bei dieser Erklärung handelt es sich nicht um einen Vertrag, sondern um eine Erklärung der Regierungen an die diese gebunden waren. Aus der Sicht der Sudetendeutschen war die Erklärung sehr problematisch, denn die gegenwärtige Politik sollte nicht mit Fragen belastet werden, die aus der Vergangenheit herrühren. Das hieß also, über Beneš-Dekrete und das Straftatenrechtfertigungsgesetz ist der Mantel des Vergessens gehängt worden. Das war eine nachträgliche Legitimierung von Unrecht.

Was ich positiv bewerte, ist die Begründung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. Der setzt ja bewusst auf die Zukunft und soll Projekte von gemeinsamem Interesse fördern. Ich war zwei Jahre im Verwaltungsrat des Zukunftsfonds und habe dort sehr intensiv mitwirken können. Allerdings soll über die Hälfte der Mittel für humanitäre Hilfen zugunsten von Opfern der NS-Verfolgung verwandt werden. Die einen Opfer werden berücksichtigt, die anderen nicht... Insgesamt aber ist der Zukunftsfonds für mich

der einzige Lichtblick an dieser Erklärung.

Diese wird ja gern als „Versöhnungserklärung“ bezeichnet. Sich Versöhnen heißt, den anderen anzunehmen. Aber die Sudetendeutschen werden von der tschechischen Politik immer noch nicht angenommen. Selbst Václav Havel hat gesagt, „Prag rede mit Bonn, aber nicht mit einem Verein“. Das steht im Widerspruch zu einer Erklärung, die versöhnen soll. Ich bin nicht insgesamt hoffnungslos, obwohl ich in vielen Jahren, in denen ich für eine Aussöhnung arbeite, oft enttäuscht worden bin. Ich sage nur: Die Veränderung muss von unten kommen. Von oben, von der tschechischen Politik her, kommt sie sicherlich nicht. Manchmal wächst etwas von unten und bricht sich Bahn, stülpt dann den Eispanzer einfach zur Seite.“

Bernd Posselt, der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, stellt fest:

„Zehn Jahre nach ihrer heftig umstrittenen Unterzeichnung erscheint die Deutsch-Tschechische Erklärung merkwürdig fern, grau und nebulös. In beiden Völkern weiß nur eine kleine Minderheit von Spezialisten, dass es

sie gab. Sie besitzt weder Rechtscharakter, noch hat sie die politische Wirkung, die ihr Gegner wie Befürworter beimaßen. Sie löste kein einziges der offenen tschechisch-deutschen oder gar tschechisch-sudetendeutsche Probleme und entfaltete auch nicht die von beiden Regierungen vielbeschworene tiefgreifende Versöhnungswirkung. Immerhin haben das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum und Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds in ihrer praktischen Tagesarbeit, an der von Anfang an auch die führenden Sudetendeutschen beteiligt waren, eine Politik kleinen Schritte betrieben, die – anders als der bloße Text Erklärung, der beide Seiten entzweite – die Menschen auch weiterhin zueinander führen wird.“

Spiegel-Umfrage 40 % bedauern, dass Schlesien und Ostpreußen nicht mehr zu Deutschland gehören

Ein Viertel der Deutschen empfindet die seit dem Zweiten Weltkrieg zu Polen, Russland und Litauen gehörenden Regionen Schlesien und Ostpreußen weiter als deutsch. Das ergab eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ für dessen Spezialheft Geschichte. Ebenfalls 24 Prozent der Befragten sagten, sie fänden es falsch, dass die Bundesrepublik sich vertraglich verpflichtet habe, auf diese Gebiete für immer zu verzichten. 40 Prozent bedauern es, dass Schlesien und Ostpreußen nicht mehr zu Deutschland gehören. Für die Studie wurden rund 1000 Erwachsene befragt.

Wir Sozialdemokraten wollen das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin – Machen Sie mit und unterstützen Sie uns!

lautet ein 2-spaltiges Inserat in der FAZ, welches von über 150 Sozialdemokraten unterzeichnet war, darunter Prof. Dr. Apel, Prof. Aroid, Dr. Becher, Dr. Eikam, K.-H.

Funke, Dr. Elke Leonhard, Franz Maget, Horst Milde, Prof. Dr. Ruhnau, Albrecht Schläger, Renate Schmidt, Olaf Zimmermann, u.a. mehr.

Deutsch-tschechischer Historienstreit

Tschechisches Außenministerium erhoffte sich Rechtfertigung der Vertreibung

Im Koordinierungsrat des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums, das auf der Grundlage der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 gebildet worden war, hatten die tschechischen Vertreter sehr früh und mit Nachdruck die Erarbeitung einer vergleichenden Studie über die Rechtsnormen gefordert, die Grundlage für den Umgang mit den deutschsprachigen Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen europäischen Ländern gewesen waren. Vor einem solchen Vergleich, dessen Vorbereitungsarbeiten 1999 begannen, erhoffte sich das tschechische Außenministerium eine Rechtfertigung der Vertreibung und damit eine Bestätigung seiner Rechtsauffassung zu den Beneš-Dekreten, die den damaligen Beitrittsprozess der Tschechischen Republik zur EU erheblich belastet.

Der tschechische Plan, die Untersuchung möge zeigen, dass die Deutschen in der Tschechoslowakei nicht schlechter behandelt worden seien als in anderen Ländern auch und dass die damalige Prager Führung ohnehin nur den Anordnungen der Siegermächte nachgekommen sei, stieß jedoch auf unerwartete Schwierigkeiten. Noch in der Vorbereitungsphase geriet das Projekt ins Stocken. Während die deutsche Projektleitung auf Wunsch des damals zuständigen Staatsministers Christoph Zöpel (SPD) von Anfang an Horst Möller übertragen wurde, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, tauschte Prag die tschechische Projektleitung zweimal aus, bis sie schließlich an Jiří Pešek vom Institut für Zeitgeschichte der Prager Akademie der Wissenschaften ging.

Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen über die Zielsetzung und den Umfang des Projekts sowie über die Auswahl der Mitarbeiter. Um überhaupt sinnvoll vergleichen zu können, schlugen die Deutschen Untersuchungen zu allen Ländern vor, in denen es deutschsprachige Minderheiten gab. Doch die Aufnahme Rumäniens, wo die Deutschen zwar schwer zu leiden hatten, aber nicht vertrieben wurden, lehnten die Tschechen ab. Die deutschen Historiker wandten sich wiederum gegen den tschechischen Vorschlag, Holland einzubeziehen, wo es zwar eine deutsche Kolonie von Geschäftsleuten und Gastarbeitern gegeben hatte, aber keine autochthone Minderheit.

2002 begannen schließlich die Arbeiten an den Beiträgen über die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien, die in Prag betreut wurden. Die deutsche Seite kümmerte sich um die Fälle Italien, Belgien, Frankreich, Dänemark und die Entnazifizierungspolitik in Deutschland.

Das Ergebnis dieses Projektes liegt nun als Sammelband vor (Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. Herausgegeben von Manfred Kittel, Horst Möller, Jiří Pešek, Oldřich Tuma. R. Oldenbourg Verlag, München). Im Anhang zu den einzelnen Länderstudien enthält er die jeweils wichtigsten Gesetze, Dekrete und Verordnungen. Die Beiträge unterschiedlicher Qualität bieten zum ersten Mal einen längst überfälligen, wenn auch nicht vollständigen Überblick über die antideutschen Maßnahmen in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Von einem Vergleich könnte sinnvollerweise allerdings erst dann gesprochen werden, wenn er auch gezogen würde. Ebendies war bei diesem Projekt nicht der Fall. Wie in Burgers Parabel stehen die bloßen Fakten außer Streit. Eine vergleichende Interpretation und Bewertung aber unterblieb, weil sich die deutschen und tschechischen Herausgeber nicht darauf einigen konnten. Standhaft verweigerten Möller und Kittel sich der bei deutsch-tschechischen Historikerprojekten sonst üblichen Vorgangsweise, unter mehr oder minder gelinder politischer Einflussnahme einen diplomatischen Kompromiss auszuhandeln, der dann der deutsch-tschechischen Debatte als „objektives wissenschaftliches – Ergebnis“ oktroyiert wird. Damit, dass sich dem deutsche Historiker diesmal widersetzen könnten, war in Prag und Berlin wohl nicht gerechnet worden. FAZ, 10.11.2006 (gekürzt)

Regierung in Polen will keinen Kontakt

Stuttgarter Nachrichten führten Gespräch mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB

Nach den Worten von Erika Steinbach, der Vorsitzenden des BdV, wird mit Hochdruck an einer Konzeption für das Zentrum gegen Vertreibungen gearbeitet.

Frau Steinbach, wie steht es um den Zeitplan für den Bau des kontrovers diskutierten Zentrums gegen Vertreibungen?

Die Bundesregierung und die große Koalition haben vereinbart, dass man in Berlin ein sichtbares Zeichen zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung setzen will. Das Staatsministerium für Kultur arbeitet zurzeit hinter den Kulissen daran, für diese Dokumentationsstätte eine Konzeption zu erstellen.

Ohne zeitliche Vorgabe?

Ja. Für dieses Jahr sind 750.000 Euro dafür zur Verfügung gestellt worden. Damit kann man eine solche Einrichtung nicht betreiben.

Sehen Sie eine Verlangsamung des Projekts?

Nein. Das kann man nicht sagen. Jetzt geht man mit Hochdruck an die Entwicklung einer Konzeption. Ich denke, in diesem Jahr wird eine Entscheidung fallen – sowohl was die Inhalte als auch was den Standort betrifft.

Von außen ist davon aber nichts zu erkennen.

Sicher ist, dass das Zentrum in Berlin

stehen wird. Man muss aber erst einmal prüfen, welches Gebäude dafür in Frage kommen kann. So schnell schießen die Preußen dann auch nicht. Es gibt mehrere Lagen in der Hauptstadt, die geeignet wären, es gibt verschiedene Optionen. Das Kronprinzenpalais, wo unsere Ausstellung „Erzwungene Wege“ stattfand, wäre eine Möglichkeit. Der Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann, hat sich dagegen ausgesprochen, irgendetwas im Hinterhof anzusiedeln.

Sehen Sie sich durch die große Koalition besser unterstützt?

Ich sehe eine deutliche Unterstützung, das sieht man allein schon an den zusätzlichen Mitteln für die Kulturförderung – eine Million mehr wurden zur Verfügung gestellt. Das kann man mit Rot-Grün nicht vergleichen.

Wollen Sie vor der Vorstellung der Konzeption nochmals mit den Polen in Kontakt treten?

Man kann deutlich erkennen, dass aus der polnischen Perspektive vieles zum Problem gemacht wird. Ich glaube, die derzeitige Regierung in Warschau will mit uns keinen Kontakt.

17.01.2007

Das Gespräch führte Winfried Weithofer

Thesen zur Vertreibung der Deutschen – von Alfred de Zayas

Historische Thesen

Der Begriff Vertreibung als terminus technicus beinhaltet nicht nur die gewaltsamen Vertreibungen vom Sommer und Herbst 1945, sondern auch die Evakuierung der deutschen Bevölkerung seitens der deutschen Behörden ab dem Herbst 1944, die allgemeine Flucht im Frühjahr 1945 sowie die organisierten Zwangsumsiedlungen ab 1946. Der Begriff Vertreibung muss so verstanden werden, weil sowohl die Evakuierten als auch die Geflüchteten beabsichtigten, nach Beendigung der Kampfhandlungen in ihre Wohngebiete zurückzukehren. Sie wurden jedoch von den sowjetischen und polnischen Behörden daran gehindert und eben deshalb zu Vertriebenen gemacht.

Nach der Niederwerfung Polens im September 1939 wandten Hitler und Stalin ähnliche Methoden zur dauerhaften Beherrschung ihres jeweiligen Beuteanteils an. Hitler ließ etwa 650.000 Polen aus Gebieten Westpolens, die in das Reich eingegliedert werden sollten, deportieren, wobei im Anschluss daran dort verschiedene deutsche Volksgruppen nach ihrer Rückführung aus der sowjetischen Einflußsphäre („Heim ins Reich“) angesiedelt wurden. Währenddessen trachtete Stalin mittels Deportationen anti-sowjetisch eingestellter Polen und durch die Ermordung der polnischen militärischen Elite (Katyn, 1940) die Macht über das Gebiet östlich der Ribbentrop-Molotow-Linie zu festigen. Im Ostfeldzug ab 1941 plante Hitler, im europäischen Teil der Sowjetunion große deutsche Siedlungskomplexe durch Vertreibung der einheimischen Bevölkerung zu schaffen.

Das Prinzip der Zwangsumsiedlung wurde auf westlicher Seite zunächst von dem tschechischen Exil-Politiker Eduard Benesch nach dem Münchener Abkommen, noch vor Kriegsausbruch, befürwortet und im Laufe des Krieges in seinen Gesprächen mit Stalin, Churchill und Roosevelt zu seinem wesentlichen Kriegsziel aufgebaut. Zunächst waren davon nur einige Hunderttausende Sudetendeutsche betroffen, die sich gegenüber dem tschechischen Staat illoyal verhalten und – wie Benesch behauptete – als Hitlers „Fünfte Kolonne“ betätigt hätten. Allmählich erfasste Beneschs Ausweisierungsforderung immer mehr Deutsche – unter Außerachtlassung jeglichen Schuldprinzips, einfach um den tsche-

choslowakischen Staat künftig nicht mehr mit einer nennenswerten deutschen nationalen Minderheit zu belasten.

Nachdem das Prinzip der Zwangsumsiedlung Volksdeutscher („illoyale Minderheiten“) von den Alliierten akzeptiert worden war, wurde es im Zusammenhang mit der geplanten Westexpansion des polnischen Staates auch auf Reichsdeutsche (keine Minderheiten) in den östlichen Provinzen Deutschlands angewandt. An der Konferenz von Teheran (28. November – 01. Dezember 1943) führte Stalins Forderung, Polen östlich der Curzon-Linie zu annektieren, zur Entscheidung, Polen im Westen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen. Mit der territorialen Entschädigung war auch der Plan zur Aussiedlung der einheimischen deutschen Bevölkerung verbunden, ohne dass sich direkte Bezüge zu den nationalsozialistischen Vertreibungspraktiken im Osten feststellen ließen.

Die einschlägigen Akten im Public Record Office in London und in den National Archives in Washington zeigen, dass die Experten im Foreign Office und im State Department bis zu den Konferenzen von Jalta und Potsdam dafür eintraten, die territorialen Entschädigungen an Polen (zunächst nur Ostpreußen, dann maximal bis zur Oder) und die damit verbundenen Umsiedlungen der Deutschen zu beschränken (zwischen zweieinhalb und sieben Millionen). Sie sollten durch eine sog. Population Transfers Commission beaufsichtigt werden, um einen stufenweise geordneten Ablauf und eine Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum zu gewährleisten. Dabei stützten sich die Diplomaten auf den Präzedenzfall des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei 1923 bis 1926, der unter Aufsicht des Völkerbundes und auf der Basis des Lausanner Abkommens durchgeführt worden war.

Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurde zwar der bekannte Artikel XIII über den Transfer der Deutschen angenommen, jedoch ist er häufig falsch ausgelegt worden, wenn behauptet wird, dass die Anglo-Amerikaner den Umfang der Umsiedlung befürwortet hätten. Im Gegenteil: Artikel XIII stellt eine Notmaßnahme dar, die in höchster Eile verfasst und ange-

nommen werden musste, weil die nicht genehmigten, wilden Vertreibungen aus der Tschechoslowakei, aus Polen und aus den deutschen Ostgebieten eine völlig chaotische Situation in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone verursacht hatten, nicht zuletzt auch in Berlin, wie in unzähligen amerikanischen und britischen Berichten aus dieser Zeit belegt ist. Somit war Artikel XIII kein Blankoscheck für die Vertreiberstaaten. Vielmehr bezweckte er zunächst ein Vertreibungsmoratorium und die Übertragung der Zuständigkeit für Umfang und Zeitpunkt des Transfers an den Alliierten Kontrollrat in Berlin. Die amerikanische und die britische Regierung protestierten in Warschau und Prag wiederholt wegen der inhumanen Behandlung der deutschen Bevölkerung und der Nichteinhaltung der Richtlinien des Artikels XIII.

Die Umsiedlungen, die nach der Aufstellung eines Aufnahmeplans des Alliierten Kontrollrates im November 1945 erfolgten, verliefen weniger verlustreich. Jedoch urteilte 1950 die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, dass keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Ein noch schwereres Schicksal traf mehr als anderthalb Millionen Verschleppter. Nur 55 Prozent überlebten. Hier ist die anglo-amerikanische Mitverantwortung gut belegbar, denn Churchill und Roosevelt akzeptierten am 11. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta das Prinzip, wonach deutsche Zwangsarbeit als Kriegsentuschädigung zugelassen wurde. Durch diesen gemeinsamen Beschluss, der ebenfalls von Stalin unterzeichnet wurde, wurden Volksdeutsche aus Rumänien, Jugoslawien und Ungarn und Reichsdeutsche aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien – Männer wie Frauen – zur Sklavenarbeit in die Sowjetunion verschleppt, gewissermaßen als „lebende Reparationen“.

Flucht, Vertreibung und Verschleppung haben über zwei Millionen unschuldigen Opfer das Leben gekostet – und dies zum Teil quasi als Friedensmaßnahmen bzw. nach der deutschen Kapitulation. Ein solches Ereignis muss von der Welt zur Kenntnis genommen werden – ohne Polemik und ohne Vorwurf der Aufrechnung – eben als historisches Faktum. In diesem Zusammenhang muss auch der Verzicht auf Gewalt und Vergeltung in der Charta der Heimatvertriebenen vom August 1950 besonders gewürdigt werden.

Thesen zur Vertreibung der Deutschen

Völkerrechtliche Thesen

Die demographische Katastrophe der Vertreibung der Deutschen und ihre langfristigen Konsequenzen sind bisher weder in Deutschland noch in Amerika ausreichend diskutiert und verstanden worden. Um sie besser anpacken zu können, wurden diese historischen und völkerrechtlichen Thesen verfasst, die in einer früheren Auflage (veröffentlicht in den „Anmerkungen zur Vertreibung“ Kohlhammer, Stuttgart) in der „Historischen Zeitschrift“ und „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ lobend erwähnt wurden.

Nach den ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien und im Hinblick auf die Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag, ist eine aktualisierte Fassung der Thesen notwendig geworden, um das Geschehen 1944/1950 in die Geschichte der Kriegsverbrechen und des Völkermordes besser einordnen zu können. Die aktualisierten Thesen sind im Januar 2006 als Anlage zum Buch „Die deutschen Vertriebenen. Keine Täter sondern Opfer“ Leopold Stocker Verlag (Ares) in Graz erschienen.

Nachfolgend bringen wir die o.g. völkerrechtlichen Thesen zum Abdruck:

1. Heimatrecht ist Menschenrecht.
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als jus cogens anerkannt wird, beinhaltet notwendigerweise das Recht auf die Heimat, denn man kann nur das Selbstbestimmungsrecht ausüben, wenn man aus der Heimat nicht vertrieben wird.
3. Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
4. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42–56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen. Auch gemäß der „Martenschen Klausel“ in der Präambel der IV. Haager Konvention von

1907 sind Vertreibungen rechtswidrig. 5. Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.

6. Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

7. Artikel XIII des Potsdamer Protokolls konnte nicht und hat auch keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein „Interalliiertes Transferabkommen“ gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müsste es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.

8. Nach dem Stand des heutigen Völkerrechts sind Zwangsumsiedlungen völkerrechtswidrig. Artikel 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 verbietet Zwangsumsiedlungen. Sie sind ausnahmsweise nur dann gestattet, wenn zwingende militärische Gründe zu dem einzigen Zweck, die Bevölkerung zu schützen, eine Evakuierung erfordern. Solche Evakuierungen, die sowieso nur vorübergehend sein dürfen, sind illegal, wenn sie aus einer Lebensraumpolitik abgeleitet werden.

9. In Friedenszeiten verstoßen Vertreibungen gegen die UNO-Charta, gegen die Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 und gegen die Menschenrechtspakte von 1966. Für die Unterzeichner des Vierten Protokolls der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gelten Artikel 3: „Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausge-

wiesen werden ...“; und Artikel 4: „Kollektivausweisungen von Fremden sind nicht zulässig.“

10. In Kriegs- sowie Friedenszeiten stellen Vertreibung und Verschleppung völkerrechtliche Verbrechen dar. Gemäß Artikel 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs gelten Vertreibungen als Kriegsverbrechen, gemäß Art. 7 als Verbrechen gegen die Menschheit.

11. Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt. Dies ist auch die Auffassung führender Völkerrechtslehrer u. a. Felix Ermacora und Dieter Blumenwitz. Somit erfüllte die Vertreibung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Völkermordskonvention von 1948. Auch Teilaspekte der Vertreibung der Deutschen durch Polen und Jugoslawien sind nachweislich Genozid.

12. Die entschädigungslose Enteignung von Privateigentum fremder Staatsbürger ist völkerrechtswidrig. Wenn eine Enteignung im Zusammenhang mit einem Verbrechen gegen die Menschheit steht, bzw. Bestandteil eines Genozids ist, darf die Staaten-gemeinschaft diese Enteignung nicht anerkennen. Der Staat der Nationalität der Opfer dieser Enteignungen ist zum diplomatischen Schutz seiner Bürger verpflichtet, denn die Ausübung des diplomatischen Schutzes ist in diesen Fällen keine Ermessensfrage.

13. Das Völkerrecht gilt gleichermaßen für alle. Darum sind die Staaten erga omnes verpflichtet, die Normen des Völkerrechts konsequent anzuwenden, ohne willkürliche Ausnahmen. Ein Staat gefährdet die Rechtssicherheit und stellt die Glaubwürdigkeit der völkerrechtlichen Rechtsordnung in Frage, wenn er nach unterschiedlichen Maßstäben handelt. Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit müssen stets verurteilt werden, unabhängig von der Nationalität der Opfer.

Fortsetzung v. S. 4 Völkerrechtliche Thesen ...

14. Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (Siehe UNO-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002/30 und 2005/21 sowie der Schlussbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte UN Doc E/CN. 4/Sub. 2/1997/23 und die Ausführungen des ersten UN-Hochkommissars für Menschenrechte Dr. José Ayala Lasso vom 28. Mai 1995 in Frankfurt a. M. und 6. August 2005 in Berlin).

Schlußfolgerungen

Diese Thesen wurden bereits in mehreren amerikanischen Universitäten erfolgreich eingesetzt, und die englische Fassung des Buches „Die deutschen Vertriebenen“ ist im Mai 2006 bei Palgrave/Macmillan in New York unter dem Titel „A Terrible Revenge. The Ethnic Cleansing of the East European Germans 1944-1950“ erschienen. Es ist an der Zeit, dass die Vertreibung der Deutschen in allen Schulen gelehrt wird, eben als ein Kapitel in der Geschichte Deutschlands und der Welt. Die Thematik darf nicht mehr ausgeklammert, noch relativiert, oder bagatellisiert werden. Mehr Informationen auf den Webseiten www.alfreddezayas.com und <http://www.bdv-buchdienst.de/>

M. de Zayas : „Flächenbombardement deutscher Städte waren Verbrechen“

Als einen klaren Verstoß gegen das schon damals geltende Völkerrecht wertete der amerikanische, jetzt in der Schweiz lebende Völkerrechtler de Zayas die Luftangriffe auf Wohnviertel deutscher Städte zu einem Zeitpunkt, als der Krieg schon entschieden war. Die Flächenbombardements deutscher Städte waren Verbrechen, weil sie nachweislich primär zum Zwecke der Terrorisierung der Bevölkerung durchgeführt wurden und nicht zur Zerstörung militärischer Ziele. Kein britischer oder amerikanischer Pilot oder Politiker wurde wegen dieser Luftangriffe zur Verantwortung gezogen, so weit Prof. Dr. de Zayas.

Als absolut unverständlich muss man die in einer Sendung des Deutschlandfunks genannte Zahl der Bombenopfer von 25.000 Tausend bei den Angriffswellen auf Dresden betrachten. Die tatsächliche Zahl liegt aufgrund unmittelbar nach dem Krieg erfolgten Recherchen, insbesondere aber auch lt. Zeitzeugenaussagen infolge der zu dieser Zeit sich in Dresden befindlichen, unübersichtlichen Flüchtlingsströme bei mindestens 200.000, vermutlich sogar bei über 250.000.

Preußische Treuhand klagt vor dem Europäischen Gerichtshof

Die Treuhand GmbH und Co. hat am 15.12.06 eine Klage mit 22 Einzelbeschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Diese Klage ist in einem Zeitraum von sechs Jahren vorbereitet worden.

Die Aktivitäten der Preußischen Treuhand haben - und das nicht erst seit der Klageeinreichung - in Polen für Unruhe gesorgt. Die Bundesregierung, die Heutige wie die Vorherige, hat sich - im Gegensatz zur Regierung Kohl, welche die Vermögensfrage immer als offen erklärte - bisher mehrfach von den Entschädigungsforderungen der Treuhand distanziert, was am 18.12.06 erneut der stellv. Regierungssprecher Thomas Steg bekräftigte: „Die Klagen der Preußischen Treuhand sind für uns gegenstandslos“.

Während das polnische Außenministerium zunächst nicht reagierte, sprach Präsident Lech Kaczynski von einer Bedrohung für die deutsch-polnischen Beziehungen. „Wenn das wahr ist, kann das zu sehr gefährli-

chen Mechanismen führen“, so Kaczynski vor polnischen Journalisten in Brüssel. Er hoffe, dass das Tribunal die Klagen ablehne und es gar nicht erst zu einem Prozess komme: „Solche Prozesse haben einen vernichtenden Einfluss auf die Beziehungen zwischen zwei europäischen Staaten.“

Man darf gespannt sein, ob der Europäische Gerichtshof die Klage annimmt und wie sie dann und auch mit welchen Folgen entscheidet.

Weist das Gericht die Klagen zurück, wären die Forderungen der Vertriebenen auf Rückgabe der zu Unrecht enteigneten Vermögen endgültig vom Tisch. Entscheidet es aber zu Gunsten der Kläger, würde die Politik einige Probleme bekommen und eine kaum absehbare politische und wirtschaftliche Bewegung in Gang setzen. Eine klare gerichtliche Entscheidung, dass die Enteignungen in Polen nach dem Recht der EU unzulässig waren, müsste zwangsläufig dann auch sowohl für Tschechien, die Slowakei, Kroatien und Serbien in gleicher Weise gelten.

Lastenausgleich ohne Folgewirkung für die Eigentumsrechte

Immer wieder begegnet man in Diskussionen der Behauptung, mit dem Lastenausgleich seien alle Eigentumsansprüche Heimatvertriebener abgegolten. Dazu stellt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Aussiedler und Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB, J.-K. Fromme fest:

Bereits in der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist explizit nachzulesen, „dass die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet,...“. Auch bilaterale Verträge haben die Eigentumsfrage bis heute nicht berührt. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss von 1992 deutlich festgestellt. Das Dargestellte führt zu der vor allem für die Betroffenen oft schwer verständlichen völkerrechtlichen Situation, dass Eigentumsansprüche zwar fortbestehen, aber nicht geltend gemacht werden können.

In seinem Beitrag verweist MdB Fromme gleichwohl auf die Sinn- und Zwecklosigkeit der eingereichten Klagen der „Preußischen Treuhand“ beim

Europäischen Gerichtshof, durch welche „das deutsch-polnische Verhältnis“ erheblich belastet werde. Die Klagen müssten schon deshalb scheitern, weil der Rechtsweg nicht ausgeschöpft wurde und das Völkerrecht zum Zeitpunkt der Vertreibung die Menschenrechtscharta noch nicht kannte, auf welche sich die Klage der „Preußischen Treuhand“ u.a. stützt, so MdB Fromme.

Ehrenpension für SED-Opfer

Die CDU/CSU hat sich mit der SPD über eine Ehrenpension für Opfer der SED-Diktatur geeinigt. Trotz der angespannten Haushaltslage wurden finanzielle Mittel bereitgestellt, „um den Opfern der Gewaltherrschaft eine Würdigung ihres Schicksals zukommen zu lassen. Das Motiv der moralischen Wiedergutmachung, historischen Aufarbeitung und politischen Rehabilitation hat dabei Vorrang vor materiellen Erwägungen.“, so Jochen Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Der Westpreuße

Jochen-Konrad Fromme: „Sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung nicht ohne Beteiligung der Opfer möglich

Seit Jahren setzen sich CDU und CSU für die Schaffung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ein. Dabei wurde immer, vor allem auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, dass eine solche Einrichtung des Gedenkens eine gesamtstaatliche Aufgabe darstellt. Dies bedeutet, dass die Vertriebenen besonders als Betroffene natürlich ein Recht auf Mitwirkung und damit auch Mitbestimmung haben müssen.

Das bedeutet, sie sind Partner der die staatliche Trägerschaft repräsentierenden öffentlichen Hand. Es ist aber strikt abzulehnen, den Vertriebenenverbänden, wie von der SPD jetzt gefordert, jegliche maßgebliche Mitbestimmung bei der Gestaltung des Zentrums abzusprechen und eine ausschließlich öffentliche, staatliche Steuerung vorzugeben.

Es wäre ein einzigartiger Vorgang, wenn bei der Schaffung eines Gedenkortes für die Opfer eines historischen Prozesses die Opferorganisationen aus der Gestaltung dieses Gedenkortes

ausgeschlossen würden.

Man stelle sich vor, der Zentralrat der Juden in Deutschland wäre bei der Gestaltung und Errichtung des Holocaust-Mahnmals in Berlin nicht gefragt und maßgeblich einbezogen worden.

Die deutschen Heimatvertriebenen haben einen legitimen Anspruch auf eine maßgebliche Beteiligung bei der Errichtung des „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung, so wie diese Gedenkeinrichtung im Koalitionsvertrag benannt und vereinbart worden ist.

Ebenso ist der Vorschlag der SPD abzulehnen, eine internationale Historikerkonferenz zu der geplanten Einrichtung einzuberufen. Die Gestaltungshoheit und damit Verantwortung für dieses Projekt liegt in Deutschland und diese Verantwortung kann auch nicht delegiert werden. Im übrigen hat das mit der Konzeption und Erstellung beauftragte Bundeskanzleramt und dort die Behörde des Beauftragten für Kultur und Medien ein vorbereitendes Beratergremium aus hochrangigen Wissen-

schaftlern berufen, an dem bereits internationale Fachleute beteiligt sind. Eine internationale besetzte Historikerkonferenz scheint eher der Versuch zu sein, ein wichtiges Projekt zu verhindern oder durch eine jahrelange Debatte zu verschleppen.

Die SPD muss hier dringend an die Vereinbarung im Koalitionsvertrag erinnert werden. Ein Koalitionsvertrag wird für eine Legislaturperiode geschlossen. In unserem Koalitionsvertrag ist die Schaffung eines „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung in Berlin vereinbart. Nachdem nunmehr auch finanzielle Mittel für eine Anschubfinanzierung im Bundeshaushalt 2007 veranschlagt worden sind, sollten die Kräfte darauf gerichtet werden, die Einrichtung Realität werden zu lassen und nicht eine Verschleppungstaktik Raum greifen.

Verantwortung für die deutschen Spätaussiedler bleibt bestehen

„Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt.“ ... So steht es in unserer Koalitionsvereinbarung. [...]

Auszug aus Rede des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner



Sonderausstellung im Stadtmuseum „Weil der Stadt und seine Heimatvertriebenen“

Vor 60 Jahren wurden Hunderte von Vertriebenen und Flüchtlingen, hauptsächlich aus dem Gebiet des heutigen Tschechien, in unserer Stadt angesiedelt. Diese „Neubürger“, die ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, prägten das Leben der Stadt nachhaltig. Die sehr informative und anschaulich präsentierte Ausstellung erschließt erstmals umfassend dieses Kapitel der jüngeren Geschichte Weil der Stadt. Dem Gestalter der Ausstellung, Wolfgang Schütz, ist es in beharrlicher Kleinarbeit unter intensiver Mitwirkung der BdV-Mitglieder gelungen, aus Privatbesitz und Archivbeständen eine Fülle von Dokumenten, Fotografien und Objekten zusammenzutragen. Die einfühlsame und untendenziöse Dokumentation thematisiert in 46 Einzelkapiteln nicht nur Flucht und Vertreibung, deren Vorgeschichte und die Ankunft in der Fremde, sondern vor allem auch die gelungene Eingliederung in die zweite Heimat Weil der Stadt. Die Ausstellung ist keine Exklusivschau für Insider, sondern sie will allen Weil der Städtern diesen interessanten Aspekt ihrer Heimatgeschichte nahe bringen. Die Ausstellung ist seit Februar wieder jeweils sonntags von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Deutsche aus Russland gestern und heute

lautet der Titel einer 42-Seiten umfassenden, mit Bildern, Landkarten und Zahlenaufstellungen ausgestatteten Schrift, welche über die Geschichte und das Schicksal dieser leidgeprüften Volksgruppe in prägnanter und vorbildlicher Weise informiert.

Bestellungen sind zu richten an:
LM der Deutschen aus Russland e.V.
Raitelsbergstr. 49, 70188 Stuttgart
Tel. 0711/1 66 49 22
Fax: 0711 2 86 44 13
E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de

Neues Gedenkkreuz

Arbeitsübersetzung aus dem Tschechischen in das Deutsche

An das schwere und grausame Schicksal der Familie Beranek aus dem Riesengebirge erinnert ein Gedenkkreuz, das von einem Erzgebirgler und Heimatfreund initiiert wurde. Fam. Beranek hatte Familienmitgliedern des Kreisauer Kreises v. Moltke und Reichwein Unterkunft und Hilfe gewährt.

Die Ereignisse Ende des 2. Weltkrieges und die ersten Maitage nach der Befreiung brachten eine große Welle Gewalt. Die Anführenden waren bis zur letzten Minute der Besetzung die Nationalsozialisten und nach ihnen im Gebiet des sogenannten Sudetengaus, besiedelt überwiegend mit deutscher Bevölkerung (Staatsbürger des besiegten deutschen Reiches), Angehörige der mobilisierten Tschechoslowakischen Armee, verschiedene Partisangruppen und die sogenannten Revolutionären Garden. Diesem einfachen geschichtlichen Rahmen entzieht sich aber eine Tragödie, zu der es im Riesengebirge im Moment Ende des Kriegsgewühles und Anfang des Friedens am 9. Mai 1945 kam. Opfer des niemals geklärten Verbrechens wurde an diesem Tag die Familie Josef Beranek, lebend bis zu dieser Zeit ruhig in Niederhof in der Hütte Nr. 278 auf der Waldlichtung, wenige hundert Meter entfernt von der Hanapetershau. Dem Josef Beranek gehörten in diesem Teil des Gebirges zwei Häuser, außer dem genannten im Kataster Niederhof besaß er bei den nicht weit entfernten Gansbauden noch ein Gebäude Nr. 68, welches er 1933 kaufte. Seine Familie ernährte sich mit üblicher Baudenbewirtschaftung und Waldarbeit. Beide Häuser benutzte er nach Art alter Bauden.

In der Winterzeit, welche oft von Oktober bis Mai dauert, bewohnte er das Haus in Niederhof im Wald geschützt gelegen, im Sommer zog er nach den Gansbauden. So geschah es regelmäßig im Mai. Aber im Frühjahr 1945 bot Josef Beranek sein Haus in Gansbauden als Zuflucht Familien von Hinterbliebenen zweier Gegner des nationalsozialistischen Regimes, hingerichtet nach dem Attentat auf Adolf Hitler, Graf von Moltke sowie dem Pädagogen und Sozialdemokraten Adolf Reichwein, an. Beide gehörten zur christlichen antinationalsozialistischen Gruppe, welche zusammenkamen in Moltkes Familiensitz Kreisau (heute Kryzowa) in Niederschlesien. Frau Freya von Moltke entschloss sich aus Furcht vor

weiteren Verfolgungen nach Ostern den Familiensitz ihres Mannes zu verlassen. Ihr Mann wurde im Januar in Berlin — Plötzensee hingerichtet. Es begleitete sie auch wegen gleichem Urteil die verwitwete Frau des zweiten Mitgliedes der Widerstandsgruppe, Frau Reichwein. Sie verbrachten dann die letzten Monate des Krieges zusammen mit ihren sechs Kindern und Hausangestellten in Sicherheit, aber wie sich zeigte nur scheinbar — in Riesengebirgs Bergsiedlung.

Die Familie Josef Beranek gewährte ihnen außer einem Dach über dem Kopf auch Lebensmittel, vor allem Milch und weitere Produkte ihres bescheidenen Haushaltes. So auch damals am 9. Mai. Wie gewöhnlich gingen die Kinder von ihrer vorübergehenden Zuflucht in den Gansbauden und liefen den einen Kilometer langen Waldweg und traten ein in Beraneks Haus, um für sich Milch zu erbitten. Aber sie erblickten ein schreckliches Bild. Hausfrau Marie Beranek und ihr fünfzehnjähriger Sohn Gottfried lagen in der Stube tot und mit ihnen auch das zwanzigjährige Mädchen Gretel Irmeler, Brieffreundin eines von Beraneks Söhnen (weiterer Sohn fiel im Februar) welcher schon zu dieser Zeit im russischen Gefangenenlager war. Auch Gretel, die aus dem Dorf Künau (heute Chynow) beim polnischen Grünberg kam, suchte hier Sicherheit vor der vorrückenden Front, die sich schnell auf das nördliche Vorgebirge des Riesengebirges zu bewegte. Nach Zeugenaussagen von Marie Ruhe aus Nr. 70 aus Gansbauden entdeckten das Verbrechen ihre Schwestern, die zehnjährige Elli, die vierjährige Christa und die Tochter von Frau Reichwein. Waldarbeiter, welche in der Nähe im Wald arbeiteten, stellten dann fest, dass alle Opfer erschossen wurden. Hauswirt Josef Beranek fanden sie erschossen im Wald, als er offensichtlich versucht hatte zu fliehen.

Niederhofer Nachbarn äußerten mehrere Vermutungen zu möglichen Tätern dieser Morde. Hauptmotiv ihrer schrecklichen Tat verrät der Umstand, dass sie alle Zivilkleidung entwendeten, vielleicht auch, dass Gretel Irmeler vermutlich mehrfach vergewaltigt wurde.

Nach erster Version: Unbekannte Täter konnten Polen sein, welche sich dafür rächen wollten, dass der Hauswirt das polnische Dienstmädchen missbrauchte. Dabei kam es zu einem Irrtum, denn

das polnische Mädchen befand sich im Totaleinsatz zwar auf der Hanapetershau, aber bei einer anderen Familie und in einem anderen Gebäude.

Die zweite Version ist sehr viel wahrscheinlicher. Auf der Geiergucke hatten die Nationalsozialisten ein Ausbildungszentrum errichtet für die sogenannte russische Befreiungsarmee Viasov. Um nach der Kapitulation Deutschlands ihr Leben zu retten, mussten sie sich umkleiden in Zivilkleidung. Nur so konnten sie entkommen vor der Rache der Hinrichtungstruppen der wütenden Roten Armee und vielleicht auch vor „wildem“ tschechischen bewaffneten Gruppen.

Einziger, der von der ganzen Familie Beranek überlebte, ist Sohn Franz Beranek, der heute trotz ernsthafter gesundheitlicher Beschwerden 80 Jahre erreichte. Er äußerte den Wunsch, dass in der Nähe seines Elternhauses, wo sich die Tragödie abspielte, ein Gedenkkreuz an das Verbrechen erinnert. Seinen Wunsch vermittelte der Liebhaber und Kenner des Riesengebirges Udo Broksch aus dem Erzgebirge. Er wandt sich mit dem Antrag um Erlaubnis zum Errichten eines Gedenkkreuzes an die Verwaltung des Riesengebirgsparkes. Zur Verhandlung trat dazu Wächter Alfred Pucher und schlug vor, dass das Kreuz aufgestellt wird im oberen Teil von Hanapetershau in der Nähe des Gekreuzigten, welches hier steht seit 1868 an der Stelle, wo nach Überlieferung eine Schlange ein kleines Mädchen tödlich biss. Auch bei weiteren Schritten half die Verwaltung des Riesengebirgsparkes. In ihrer Werkstatt wurde die Gedenktafel hergestellt, sodass schon in der zweiten Oktoberhälfte das Kreuz aufgerichtet werden konnte, Entfernung so um die 20 Meter von dem touristischen grün gekennzeichneten Weg, welcher Hanapetershau durchschneidet. Das ganze Kreuz fertigte Alfred Pucher, sein Steckenpferd sind Schmiedearbeiten. Es gelang ihm aus Eisen zu schmieden im sauberen Stil, auch den Leib Christus. Ich verfolgte mit Bewunderung und Anerkennung sein schöpferisches Bemühen, auch plagen und ermutigte ihn, wenn ihm sein Werk mal nicht so gelang. Er arbeitete unermüdlich bis zu der Zeit, wo er sagen konnte: jetzt bin ich mit meinem Erzeugnis zufrieden. In diesem Jahr bleibt noch herzurichten die nähere Umgebung der beiden Kreuze, um sie den Touristen als Ort der Erinnerung an unschuldige Opfer des Krieges anzubieten, aber auch zum Ausruhen und Ausblick in die Gegend. Miloslav Barto.

Arbeitsübersetzung:

Otmar Kraus, Kempten

12. März 1945 Swinemünde – das Dresden des Nordens

So, wie sich im Winter 1944/1945 die südlichen Flüchtlingsströme hauptsächlich über Dresden bewegten, wurde für die nördliche Flüchtlingswelle Swinemünde zur Hauptanlaufstelle für die Flüchtlinge aus Ostpreußen, Westpreußen und Hinterpommern.

Die Hafenstadt war mit Flüchtlingen und Soldaten überfüllt. Östlich der Swine, auf der Insel Wollin, warteten endlose Trecks auf die Möglichkeit einer Überfahrt. Im Hafen lagen Schiffe mit den Flüchtlingen, die auf einen Weitertransport westwärts hofften. Auf dem Bahnhof standen überfüllte Lazarettzüge zur Abfahrt bereit. Die Krankenhäuser der Stadt waren überfüllt mit Kriegsverwundeten. Im Kurpark lagerten Soldaten, die sich ostwärts an die Front in Marsch setzen sollten.

Zur Katastrophe kam es in den Mittagstunden des 12. März 1945, als bei einem 70-minütigen Angriff 671 amerikanische Flugzeuge ihre Bombenlast über Swinemünde abwarfen. In kurzer Zeit verwandelte sich die Stadt in ein brennendes Inferno und wurde zum

Dresden des Nordens. Schätzungsweise starben mehr als 23.000 Menschen bei diesem Bombenangriff. Über 20.000 Tote wurden mit Pferde- und Lastkraftwagen zum Golm bei Swinemünde gebracht und dort begraben. Der weitaus größere Teil der Opfer konnte nicht identifiziert werden und wurde in Sammelgräbern auf einem großen Massengräberfeld begraben. Der Golm wurde zur Gedenkstätte, dem größten Kriegsgräber-Waldfriedhof Deutschlands und ist heute auch zur Begegnungsstätte, vor allem der Jugend, geworden.

Swinemünde, das große Seebad auf den Inseln Usedom – Wollin mit seinen strategisch wichtigen Hafenanlagen sowie der Schiffszufahrt nach Stettin eignete Polen sich nach 1945 – obwohl diesseits der Oder-Neiße gelegen (!) – durch Abtrennung von Deutschland völlig widerrechtlich an.

Der BdV-Landesverband wird anlässlich seiner Reise zum Tag der Heimat in Berlin 2007 auch nach Pommern auf die Insel Usedom/Wollin fahren und die Gedenkstätte Golm besuchen.

Das Massaker bleibt ungesühnt

Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge hatte in der Nähe von Drasenau ein Massengrab freigelegt. Das brachte ein Massaker unter der deutschen Zivilbevölkerung in der Umgebung von Taus wieder ans Tageslicht. Gedenkstein in Taus: „5. Mai 1945. Zum ewigen Andenken an die Befreiung der Stadt Taus und des ganzen Chodenlandes durch die glorreiche amerikanische Armee.“ Zwei Monate später, im Juli 1945, massakrierten „alkoholisierte tschechische Roßmetzger“ 35 deutsche Männer unweit von Drasenau. Landsmann Adolf Wolf erstattete deshalb Strafanzeige, und die Staatsanwaltschaft Hof leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Doch die Massenmörder von Taus können nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, die Ermittlungsverfahren wurden eingestellt.

Köhler gegen Schlusstrich bei Stasi

BERLIN (dpa). Bundespräsident Horst Köhler hat sich gegen einen Schlusstrich unter die Auswertung von Stasiakten ausgesprochen. „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist wichtig und noch nicht beendet“, sagte Köhler am Montag in Berlin bei einem Besuch der Stasiunterlagenbehörde und betonte: „Ich möchte mit meinem Besuch auch zum Ausdruck bringen, dass ich diese Behörde für wichtig halte.“ Behördenchefin Marianne Birthler verwies auf das weiterhin große Interesse an den Stasiakten. „Der Bundespräsident hat mit seinem Besuch ein Zeichen gegen jedweden Schlusstrich gesetzt.“ Bislang hätten 1,5 Millionen Bürger einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Allein im Jahr 2006 seien 97.000 Anträge eingegangen. Das waren 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

Einladung zur 8-Tage-Fahrt nach Berlin zum Tag der Heimat (3 Tage) und der Insel Usedom (5 Tage)

Der BdV-Landesverband Baden-Württemberg lädt ein zur Teilnahme an dieser Fahrt

Weiter Auskünfte erteilt die BdV-Geschäftsstelle Tel. 0711/62 52 77.

BdV-Vorsitzender Tölg beim Deutsch-Polnischen Begegnungstag in Wangen

Elf polnische und deutsche Zeitzeugen, die den Zweiten Weltkrieg und die Vertreibung aus dem Osten überlebten, standen beim Polnisch-Deutschen Begegnungstag am 2.12.06 in Wangen/Allgäu im Mittelpunkt der Gespräche. Diese Zeitzeugen hatten ihr Schicksal der Buchautorin Bruni Adler erzählt, die diese Berichte in dem sehr empfehlenswerten Buch „Geteilte Erinnerung - Polen, Deutsche und der Krieg“ veröffentlichte. Sie war auch zusammen mit der Volkshochschule Wangen Hauptinitiatorin des Begegnungstages und hatte hierzu den BdV-Landesvorsitzenden Arnold Tölg eingeladen.

Angesichts des geschilderten Leides auf polnischer wie deutscher Seite

setzte sich Arnold Tölg engagiert für die Schaffung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ ein. Es sei einerseits ein selbstverständliches Anliegen Deutschlands seiner historischen Ost- und Siedlungsgebiete und der 15 Millionen Vertriebenen mit ihren Leiden zu gedenken und andererseits werde all der anderen Vertreibungen in den Ländern Europas im 20. Jahrhundert gedacht. Vertreibungen ächten und zeigen welches grausame Verbrechen die Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat darstellt, ist das Anliegen des geplanten Zentrums in Berlin. Bruni Adlers Buch „Geteilte Erinnerung“ ist im Verlag Klöpfer & Meyer erschienen und kann in jeder Buchhandlung bestellt werden.

Einladung zum Benefizkonzert am 13.3. im Kornhaus in Ulm

Das Heeresmusikkorps 10 Ulm veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem BdV-Kreisverband Ulm am 13.3. um 19.30 Uhr im Kornhaus/Ulm ein Benefizkonzert. Dazu ist die Bevölkerung herzlich eingeladen. Der Erlös kommt Projekten in Siebenbürgen/Rumänien im Bereich Bildung, Gesundheit, Sozialhilfe, vorzugsweise Kinder und Jugendlicher zu Gute.

WISSEN über Armenien-Streit

Laut Historikern sind in den Jahren zwischen 1915 bis 1917 rund 1,5 Millionen Armenier bei Massakern und Deportationen durch die ottomanische Armee ums Leben gekommen; in der türkischen Darstellung wird eingeräumt, dass zwischen 300.000 und einer halben Million Opfer zu beklagen waren. Nach offizieller türkischer Version handelte es sich aber nicht um geplante Tötungen und einen Völkermord, sondern um Umsiedlungen, die nötig waren, um eine Bedrohung für das Reich abzuwenden. International, Der Standard vom 13.10.06

SPD-Europaabgeordneter Leinen fordert Entschuldigung des Tschechischen Präsidenten

Der Chefberater des Präsidenten, Ladislav Jakl, bezeichnete in dieser Woche den deutschen SPD-Europaabgeordneten und Befürworter der EU-Verfassung, Jo Leinen, als „Lenin“ und scheute auch den Vergleich mit den Nazis nicht. „Herr Leinen sehnt sich wahrscheinlich nach dem Protektorat“ sagte Jakl in Prag unter Anspielung auf die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg. Der SPD-Europaabgeordnete Leinen, Vorsitzender des Institutionellen Ausschusses des Europaparlamentes, fordert jetzt eine Entschuldigung des tschechischen Präsidenten: „Das ist ein Ausfall unter der Gürtellinie. Ich kann da nur mit Erschrecken feststellen, wer da Mitglied der Europäischen Union ist.“

Im Straßburger Europaparlament sind seit dem Beitritt von Rumänien und

Bulgarien am 1. Januar zum ersten Mal die Rechtsradikalen so zahlreich, dass sie eine Fraktion bilden können. Ihre Brüder im Geiste sitzen aber auch in anderen Fraktionen des Straßburger Parlaments. „Nationalismus und zum Teil rassistischer Populismus sind eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU“, warnt der böse attackierte Jo Leinen. „Die Äußerungen des Chefberaters von Präsident Klaus sind Teil dieser Geisteshaltung“.

Denn auch der tschechische Präsident Václav Klaus und die europafeindliche Regierungspartei ODS tun alles, um die Ratifizierung des von allen EU-Staaten unterzeichneten Verfassungsvertrags zu torpedieren. Dabei scheuen sie sich auch nicht, die Anhänger der EU-Verfassung zu diffamieren. Stgt. Zeitung 05.02.07 (gekürzt)

Eichendorff-Jahr 2007

Am 26.11. jährt sich zum 150. Male der Todestag des im ober-schlesischen Lubowiz geborenen Dichters Josef von Eichendorff, der die Menschen in aller Welt auch heute mit seiner Sammlung von Gedichten, Novellen und Schriften zu Literaturgeschichte begeistert. Er zählt zu den Dichtern der Weltliteratur, hat Herzen erwärmt und Geister erhellt über alle Zeiten auch der Moderne hinweg. Sein 150. Todestag sollte sich auch in unserer kulturellen Breitenarbeit niederschlagen. Das Rosenau-Trio bietet eine Eichendorff-Veranstaltung an (s. gesonderter Hinweis). Die Landesgruppe der LM Schlesien veranstaltet vom 14.-25. August eine 12-tägige Studienreise „Auf den Spuren Eichendorffs.“ Näheres über Telefon/Telefax 0711/61 50 412.

LM Schlesien Baden-Württemberg gründet Förderverein zum Wiederaufbau des Eichendorff-Schlusses in Lubowiz

Das vielbesungene Schloss („Denkst Du des Schlosses noch in stiller Höh“) in Lubowiz, in welchem Josef von Eichendorff 1888 geboren und das durch den Beschuss der russischen Artillerie 1945 zerschossen und die Ruine danach als Steinbruch benutzt wurde, heute nur noch in Teilen als Ruine stehend, soll nach den Vorstellungen der Landesgruppe der Landsmannschaft Schlesien Baden-Württemberg wieder aufgebaut werden. Einer Initiative des Landesvorsitzenden Günther Zimmermann folgend

wurde ein Förderverein gegründet. Es wurde ein Modell geschaffen, wie es zu Lebzeiten des Dichters aussah und wieder entstehen soll.

Das wieder aufgebaute Schloss unweit von Ratibor soll ein deutsch-polnisches Begegnungszentrum, Eichendorff-Museum und Kulturzentrum für die fast eine Million umfassende deutsche Volksgruppe in Polen wie auch die polnischen Schlesier und andere mehr sein.

Näheres unter Telefon/Telefax 0711/61 50 412

Paris billigt Gesetz zu Armenier-Genozid

Politischer Kraftakt in Paris: Gegen starke Widerstände – auch den der Regierung – hat die französische Nationalversammlung vom 12.10.06 ein Gesetz beschlossen, das die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern unter Strafe stellt. 106 gegen 19 Stimmen: Mit einer deutlichen Mehrheit hat die französische Nationalversammlung das von den Sozialisten eingebrachte Gesetz in erster Lesung gebilligt. Allerdings blieben sehr viele der insgesamt 577 Abgeordneten der Abstimmung fern. Das Gesetz bestraft das Infra-gestellen des Völkermordes an 1,5 Millionen Armeniern nach 1915 mit 45.000 € Geldstrafe und bis zu einjähriger Haft. Im Visier sind vor allem Vertreter der türkischen Darstellung, dass es sich im Ersten Weltkrieg um militärische Operationen gehandelt habe. Die Deputierten setzten sich über die vehementen Proteste und Drohungen aus der Türkei hinweg. Auch die französische Regierung war gegen das Gesetz; Europaministerin Catherine Colonna meinte, man sollte solche Fragen den Historikern überlassen.

Heribert Rech begrüßt Doppelpass-Verbot für Neubürger

„Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Doppelpass-Verbot für Neubürger zeigt nachdrücklich, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit im Wege der Einbürgerung eine vorbehaltlose Willensentscheidung für die Deutsche Verfassungs- und Werteordnung verlangt.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech am 10.01.07 in Stuttgart. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte damit die Linie Baden-Württembergs, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht als Formalie, sondern als eine bewusste persönliche Werteentscheidung zu betrachten. Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit dürfe kein Lippenbekenntnis sein, sondern müsse eine klare und verbindliche Hinwendung zur deutschen Gesellschaftsordnung erkennen lassen. „Wer die deutsche Staatsangehörigkeit nur mit inneren Vorbehalten oder sogar unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen erwirbt, nimmt den Verlust der erworbenen Rechte bewusst in Kauf und muss mit den entsprechenden Entscheidungen der baden-württembergischen Einbürgerungsbehörden rechnen“, sagte Innenminister Rech.

Andrea Krüger MdL

Flucht und Vertreibung – findet sich dieser Aspekt unserer Geschichte im Schulunterricht ausreichend wieder?

Die Landtagsabgeordnete (Wahlkreis Stuttgart) bat in einer kleinen Anfrage vom 18.11.06 den Landtag um Auskunft über die Behandlung des Themas „Flucht und Vertreibung“ im Schulunterricht.

Kultusminister Rau beantwortete diese Anfrage umfassend und detailliert. Wobei auch die Lehrerfortbildung und der Einsatz von Zeitzeugen positiv hervorgehoben wurde. Bei aller Anerkennung der diesbezüglichen Bemühungen in Baden-Württemberg und die durchwegs positive Darstellung durch Kultusminister Rau wirft diese Stellungnahme doch Fragen auf.

Die CDU-Abgeordnete Andrea Krueger hat dies zum Anlass des nachfolgenden Artikels in „CDU-intern“ genommen. Das Thema „Flucht und Vertreibung“ ist in den Bildungsplänen aller Schularten in Baden-Württemberg fest verankert. Als Bestandteil des Lehrplans ist das Thema verpflichtend im Unterricht zu behandeln.

Es sollte also davon ausgegangen werden können, dass alle Schüler in Baden-Württemberg sich mit dieser historischen Problematik im Unterricht beschäftigen. Der bildungspolitische Stellenwert des Themas „Flucht und Vertreibung“ wird beispielsweise daran deutlich, dass diese Problematik Teil einer Aufgabe im schriftlichen Abitur des Faches Geschichte im Jahr 2005 war. Den Lehrerinnen und Lehrern ist mit der Lehrerhandreichung, die über das Haus der Heimat in Stuttgart zu beziehen ist, ein qualifiziertes Arbeitsmittel an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe dieses Thema aufgearbeitet werden kann. Das Zeitzeugenprojekt „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung von Deutschen“, das auf einer Kooperation

von Kultusministerium, Innenministerium und Haus der Heimat basiert, bietet zudem die Chance, Geschichte im Unterricht lebendig werden zu lassen.

Kann es viel Besseres für junge Menschen geben, als die Möglichkeit zum Gespräch mit Menschen, die bereit sind, Geschichte persönlich erlebt zu vermitteln? In wie vielen Familien gibt es noch die Großelterngeneration, die Jugendlichen die Gelegenheit zur direkten Auseinandersetzung und auch dazu, kritisch zu hinterfragen, geben könnte?

Geschichte findet nicht nur im Lehrbuch statt. Wir erleben aktuell die Geschichte der Erweiterung der Europäischen Union. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es gerade für junge Menschen wichtig, die eigene Geschichte und die der Nachbarn in den verschiedenen, auch schwierigen Facetten zu kennen und einordnen zu können. Verschweigen hilft nicht weiter, Verstehen aber schon.

Muss es dann nicht nachdenklich stimmen, wenn im Jahr 2006 durch das Haus der Heimat nur 13 Anfragen nach Zeitzeugen aus dem schulischen Bereich zu beantworten waren? Wenn auch das Thema „Flucht und Vertreibung“ fester Bestandteil der Geschichts- und Erinnerungskultur an unseren Schulen sein soll, liegt in einer stärkeren Einbeziehung von Zeitzeugen in den Unterricht eine unwiederbringliche Chance. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen, als Lehrerinnen und Lehrer, als Eltern und natürlich – als Schülerinnen und Schüler.

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Landtags unter der Drucksache 14/602.

CDU-Intern 1/2007

Erster zweiteiliger Spielfilm zeigt Flucht und Vertreibung

Am Sonntag, 4. März und Montag, 5. März 2007 zeigt das Erste (ARD) zum ersten Mal im deutschen Fernsehen die Geschichte von Flucht und Vertreibung in fiktionaler Form. Unter dem Titel „Die Flucht“ wird jeweils um 20.15 Uhr das Schicksal von Lena Gräfin von Mahlenberg (Maria Furtwängler) dargestellt, die die Verantwortung für das ostpreußische Familiengut übernimmt und im Winter 1944 die ihr anvertrauten Menschen über das gefrorene Haff von Ostpreußen nach Bayern führt.

Angebot des ROSENAU-TRIOS Baden-Baden im Eichendorff-Jahr „Aus dem Leben eines Taugenichts“ J. v. Eichendorffs berühmte Novelle verbunden mit Liedern von R. Schumann, H. Wolf und Volksliedern sowie Klavierwerken von Mendelssohn-Bartholdy und Schumann. Weitere Auskünfte: Rosenau-Trio, Stadelhoferstr. 16, 76530 Baden-Baden, Tel. 07221/24670, Privat 07221/22302

Alexina wandert aus

Musikalisches Theater von Freyja Liebscher

Aus der Arbeit mit Aussiedlerkindern ist die Idee zu dieser Geschichte entstanden, die Freyja Liebscher durch Ihre und Ihres Mannes Arbeit mit der DJO-Gruppe „Klingender Bogen“/Stgt. geschrieben und mit Musik gestaltet hat. Die Füchsin Alexina erlebt das, was vielen Menschen immer wieder begegnet, sei es, dass sie in ein anderes Land einreisen, um dort zukünftig zu leben, oder alltäglich eine Schule verlassen, neu beginnen müssen, einen Arbeitsplatz aufgeben und einen neuen beginnen.

Diese Geschichte wird mit verschiedenartiger Musik die spielenden Personen begleiten. Die Musik wird die Unterschiedlichkeit, aber auch trotzdem die Gemeinsamkeit, die verschiedenen Gefühlslagen in den unterschiedlichen Situationen ausdrücken. Das musikalische Theaterstück wird am 01.07.2007 im alten Feuerwehrhaus in Stuttgart-Süd aufgeführt. Auskunft erteilen: Heinz-Werner und Freyja Liebscher, Senefelderstr. 100, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711/6364551, DJO-Kreisgruppe Stuttgart

Bekanntmachung des Innenministeriums über den Wettbewerb zur Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen im Jahr 2007

Mit der Auszeichnung sollen vorbildliche Leistungen von Bürgerinnen und Bürgern auf kommunaler Ebene im Dienst der Gemeinschaft öffentlich anerkannt werden. Die Auszeichnung soll zugleich zu eigenverantwortlichem, gemeinnützigem Handeln und zu Beispiel gebendem Engagement für das Gemeinwohl ermutigen und den ehrenamtlichen und den bürgerschaftlichen Einsatz als notwendige Ergänzung und Alternative zum Handeln der öffentlichen Verwaltung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge betonen.

Das Innenministerium lädt im Auftrag von Landtag und Landesregierung hiermit zur Teilnahme am Wettbewerb ein. Die für die Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen im Jahr 2007 geltenden Grundsätze sind in einem Merkblatt zusammengefasst und können in der BdV-Landesgeschäftsstelle angefordert werden. Letzter Termin für die Abgabe der Unterlagen ist der 01.04.2007.

Euro nicht vor 2010 Polen verzögert Beitritt zur Euro-Zone

Trotz eines stetigen Wirtschaftswachstums, 2006 waren es 5,1 Prozent, scheint der Beitritt zur Euro-Zone für die polnische Regierung kein Thema zu sein. In der aktuellen Warschauer Wirtschaftspolitik sind keine Anstrengungen zu erkennen, die von der EU geforderten Konvergenzkriterien möglichst bald zu erfüllen. Piotr Soroczynski, einer der führenden Köpfe im polnischen Finanzministerium, geht einem Bericht der in Würzburg erscheinenden „Die Tagespost“ davon aus, dass Polen erst 2009 diese Kriterien dauerhaft erfüllen wird. Bis dahin aber sei es besser, eine unabhängige Währungspolitik zu haben, „weil wir die alten EU-Staaten einholen wollen. Ein zu schneller Anschluss an die Euro-Zone wäre falsch.“

Zloty immer stärker

Indes werden die Zloty gegenüber Euro und Dollar immer stärker. Sowohl polnische als auch deutsche Wirtschaftswissenschaftler sehen darin ein Problem. Professor Krzysztof

Opolski von der Universität Warschau hält angesichts steigender Einkommenserwartungen und steigender Preise die Euro-Einführung für absolut notwendig. Für seinen deutschen Kollegen, Professor Wolfgang Filc von der Universität Trier, ist die Frage des Wechselkurses vorrangig. Um der Euro-Zone beizutreten, müsse die polnische Währung kräftig abwerten. So könne das Land durch günstigere Importe und im Wert steigende Exporte Handelsbilanzüberschüsse erzielen. In diesem Zusammenhang sprechen die Experten von einem „Asymmetrieschock“, wenn Zloty zu einem niedrigeren Kurs umgewandelt wird (1 Euro = 3,85 PLN). Der Wirtschaftsberater des polnischen Ministerpräsidenten, Marek Zuber, räumt ein, dass Polen Angst vor dem Euro hat, weil man dann dem Inflationsproblem stärker ausgesetzt sei.

Firmen wollen Klarheit

gs: Polnische Unternehmer, die sich auf dem europäischen Markt bewe-

gen, teilen diese Bedenken nicht. Sie sprechen eher vom Risiko der Kalkulation durch Wechselkursschwankungen und erhoffen sich von der Euro-Einführung einen besseren Zugang zu Krediten auf dem EU-Kapitalmarkt. Deutsche Unternehmer, die in Polen investieren, wollen endlich wissen, wann das lästige Umrechnen der Währungen entfällt. Polnischen Regierungsvertretern ist bislang jedoch keine Festlegung auf den Zeitpunkt zu entlocken. Piotr Soroczynski vom Finanzministerium bleibt bei der Frage danach gelassen: „In drei bis fünf Jahren werden unsere Befürchtungen vielleicht nicht mehr eine so große Rolle spielen.“ (OS)

Protest gegen geplante Liquidierung des Namens „Niederschlesischer Lausitzkreis“

Im Zuge der Kreisreform soll der bisherige, identitätsstiftende Name „Niederschlesischer Oberlausitzkreis“ durch Zusammenlegung mit dem Kreis Löbau – Zittau die nichtssagende neue Bezeichnung „Neißekreis“ erhalten. Dagegen protestieren insbesondere Schlesier im dortigen Bereich. Darüber hinaus ruft die Schlesische Jugend zu bundesweiter Solidarität und Protestschreiben an das „Sächsische Staatsministerium des Innern, Dr. Albrecht Buttolo, Wilhelm-Buck-Str. 2, 01097 Dresden“ auf.

Absurde Gesetze Mohnhaupt wird aus Haft entlassen (13. Februar 2007)

Unser Gesetz ist absurd, wenn ein Terrorist bei einer Verurteilung von fünfmal lebenslänglich und 15 Jahren schon nach 24 Jahren freigelassen wird. Sind denn nach dieser Zeit schon die vielen Morde vergessen? Ist vergessen, dass 50 Millionen Bürger jahrelang in Angst und Schrecken vor weiteren Anschlägen leben mussten? Hat jemand eine Vorstellung, was die Bekämpfung der Terroristen die Steuerzahler gekostet hat? Es ist ein Schlag ins Gesicht der Hinterbliebenen der Opfer. Richard Hagenauer, Stuttgart
Leserzuschrift an die StZ



Zu einem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Schockenhoff (CDU/Bildmitte) hatten Herr Müller namens der UdVF (Union der Vertriebenen und Flüchtlinge) und Frau Kubata namens des BdV-Kreisverbandes alle Vorsitzenden der Verbände einschließlich der Landsmannschaften am 16.9.06 in das BdV-Soziallager in Weingarten eingeladen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand das „Zentrum gegen Vertreibungen“. MdB Schockenhoff stellte sich dabei vorbehaltlos hinter diese Projekt. In guter Atmosphäre konnten in dem ca. 2-stündigen, vom UdVF-Vorsitzenden – und zugleich BdV-KV Radolfzell, Ldsm. Müller geführten Gespräch darüber hinaus zahlreiche weitere vertriebenenpolitische Themen einschließlich das der Spätaussiedler-Integration angesprochen werden. Für den BdV-Landesverband nahm Herr Wendt (Ulm), Herr Weißbarth als Vorsitzender des BdV-KV Biberach und Herr Berner, Landesvorsitzender der LM Sathmarer Schwaben teil.

Das Motto für den diesjährigen TAG DER HEIMAT lautet deutschlandweit „Heimat ist Menschenrecht“.

Impressum

Herausgeber: Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften, Landesverband Baden-Württemberg e.V., 70176 Stuttgart, Schloßstr. 92, Tel. 07 11 / 62 52 77, Fax 07 11 / 61 01 62, eMail: zentrale@bdv-bw.de, www.bdv-bw.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ulrich Klein
Erscheint vierteljährlich für die Mitglieder des BdV in Baden-Württemberg. Die gezeichneten Artikel stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Schriftleitung überein.
Redaktionsschluß: 22.2.2007. Bezugspreis jährlich € 25,-
Gesamtherstellung: SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH, Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 -0, Fax 07 11 / 66 905 -99
Vertriebskennzeichen E 20094



Europäische Kulturhauptstadt Hermannstadt

Am 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten. Für das siebenbürgische Hermannstadt/Sibiu ist dieser Tag noch mit einer zweiten Bedeutung verknüpft: Zusammen mit Luxemburg wird es ein Jahr Kulturhauptstadt Europas sein. Auftakt der Feierlichkeiten war am Nachmittag des 31.12.06 der Empfang des Hermannstädter Bürgermeisters Klaus Johannis, einem Siebenbürger Sachsen, im Innenhof der ehemaligen Bodenkreditbank, die seit letztem Jahr das Bürgermeisteramt der Stadt am Zibin beherbergt. Als hohe Gäste machten Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und der Erweiterungskommissar der Europäischen Kommission, Olli Rehn, der neuen Kulturhauptstadt Europas ihre Aufwartungen. Diese Auszeichnung habe Hermannstadt mit Luxemburg nicht zufällig erfahren, Gründe seien vor allem der gemeinsame geschichtliche Hintergrund und die verwandte Sprache, so Außenminister Steinmeier. Mit dem EU-Beitritt Rumäniens und Hermannstadt als Europäi-

sche Kulturhauptstadt 2007 gilt auch den Siebenbürger Sachsen verstärkt das Interesse der Medien. „Die deutsche Minderheit hat großen Anteil daran, dass Hermannstadt in Rumänien dieses Jahr Europäische Kulturhauptstadt ist“, schreibt der Mannheimer Morgen. 200 Projekte mit 500 Veranstaltungen sind geplant, übergeordnetes Motto ist dabei „Stadt der Kultur – Stadt der Kulturen“, ist doch Hermannstadt abgesehen vom deutschen Element geprägt von Rumänien, Ungarn, Roma und von österreichischer Kultur. Die Beteiligung der Landsmannschaft an dem Programm der Kulturhauptstadt gewinnt inzwischen konkrete Formen. Im Sommer wird sie gemeinsam mit dem Siebenbürgenforum eine Siebenbürgisch-Sächsische Kulturwoche in Hermannstadt gestalten. Die Siebenbürger Sachsen werden sich dabei als grenzüberschreitende Gemeinschaft präsentieren und den Hauptgrund der Ernennung Hermannstadts zur Kulturhauptstadt eindrücklicher in den Vordergrund rücken.

Donauschwäbischer Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg 2007 ausgeschrieben

Das Land vergibt im zweijährigen Turnus für hervorragende Leistungen in den Bereichen Literatur, Musik oder Bildende Kunst den Donauschwäbischen Kulturpreis. In diesem Jahr wird der Preis für den Bereich Literatur ausgeschrieben. Er wird in erster Linie donauschwäbischen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut der Donauschwaben repräsentiert.

Der Hauptpreis ist mit 5.000,- € dotiert, zwei Förderpreise mit jeweils 2.500,- €. Die Förderpreise sind für jüngere Kulturschaffende vorgesehen, die am Anfang ihrer künstlerischen Entwicklung stehen. Weitere Auskünfte gibt das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Telefon 0711/669 51-25).

LANDESPREIS FÜR HEIMATFORSCHUNG

26. Landespreis für Heimatforschung 2007

Adressaten:

Um beispielhafte Leistungen von ehrenamtlich tätigen Heimatforscherinnen und Heimatforschern zu würdigen und ihnen die verdiente öffentliche Anerkennung zuteil werden zu lassen, wird seit 1982 jährlich der Landespreis für Heimatforschung Baden-Württemberg verliehen. Bei aller übernationalen Öffnung der Gesellschaft in der Zukunft bleibt die Verwurzelung des Menschen in seiner Heimat ein elementares Grundbedürfnis gerade der Jugend und ihrer Erzieherinnen und Erzieher. In Zukunft wollen wir deshalb vermehrt die Jugend ansprechen und Baden-Württemberg besonders als eine Region in Europa würdigen.

Themen:

Arbeiten zu folgenden Gebieten – die in einer Verbindung zu Baden-Württemberg stehen – können eingereicht werden:

Orts- und Regionalgeschichte – auch grenzüberschreitend – in einem zusammenwachsenden Europa
Unsere Heimat und die Heimat anderer
Deutsche Heimatvertriebene
Verlust der alten Heimat – Neue Heimat Baden-Württemberg
Technikgeschichte
Natur und Umweltschutz
Kunstgeschichte
Dorf- oder Stadterneuerung
Forschung zu Mundart, Theater und Literatur
Forschung zu Bräuchen und Festen

Landespreis für Heimatforschung:

Hauptpreis	5.000,- €
Zwei Preise zu je	1.300,- €
Jugendförderpreis	1.300,- €
Schülerpreis	1.300,- €

Einsendeschluss ist der 30. April 2007

Die Einsendungen sind zu richten an:
Regierungspräsidium Freiburg
Referat 23
Landespreis für Heimatforschung
Geschäftsstelle Erich Birkle
Bissierstr. 7, 79114 Freiburg

heimattage
BADEN-WÜRTTEMBERG

Eppingen 2007
Ulm 2008
Reutlingen 2009
Müllheim 2010

Heiteres und Ernstes aus bessarabischen Pfarrhäusern Aus dem Jahrbuch 2007 der Deutschen aus Bessarabien

Net so schwarz

Als mein Vater 1921 sein Theologiestudium in Tübingen begann, war das noch etwas ungewöhnlich. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs hatten die bessarabischen Theologiestudenten an der deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Fakultät im estnischen Dorpat (heute Tartu) studiert, also innerhalb des Zarenreiches. Durch die neue Grenzziehung war der Weg dorthin versperrt; da lag es nahe, nunmehr zum Studium nach Deutschland zu gehen. Und Tübingen im Schwabenland legte sich für Schwaben besonders nahe.

Damals wurden die Studenten noch handschriftlich in ein Buch, die Matrikel, eingetragen. So wurden sie immatrikuliert. Dieses Buch führte ein Universitätsbeamter, der Pedell. Als mein Vater bei ihm erschien, entspann sich folgendes Gespräch: „Wie heißet Sie?“ - „Baumann, Immanuel“. - „Wo geboren?“ - „In Gnadental“. - „Wo liegt des?“ - „In Bessarabien.“ Der Pedell hatte mit gesenktem Kopf gefragt, geschäftsmäßig mit seinem Buch beschäftigt. Jetzt aber hob er den Kopf, schaute den jungen Mann vor sich von oben bis unten an und sagte dann ganz erstaunt: „Ha no' Sie senn aber gar net so schwarz!“

Der gute Mann hatte noch nie etwas

von diesem Land mit dem seltsam „arabisch“ klingenden Namen gehört. Er war nicht der Letzte, der so dachte. Aber wie kam er darauf, dass ein Baumann aus Gnadental ein „Schwarzer“ sein könnte?

„Esset no, esset!“

Einmal wurde der Frauenverein darauf aufmerksam, dass eine jung verwitwete Frau mit mehreren Kindern ziemlich kümmerlich in einem Haus am Dorfrand wohnte. Man beschloss zu helfen; das gehörte ja zu den Aufgaben des Vereins. Also wurde von den Frauen zusammengetragen, was sie aufbieten konnten; ein ganzer Wagen voller Nahrungsmittel, Kleidung und anderer guter Sachen kam zusammen. Der wurde in feierlichem Zuge zu dem Haus der armen Frau gefahren, begleitet von einer Abordnung des Frauenvereins. Die Ankunft des Hilfstransports löste große Freude aus. Die Beschenke hatte Hilfe wirklich nötig und war zu Tränen gerührt. - Aber dann wuchs sie zur vollen Höhe bessarabischer Gastfreundschaft heran: In Windeseile deckte sie den Tisch für die Delegation, servierte den gerade erhaltenen Kuchen und rief: „Esset no, esset – 's isch jo net so wie wenn mer's net hätt!“ Sie hatte auch ihren Stolz!

Arnulf Baumann

Bessarabiendeutsche Vereine fusionieren

Die in den Nachkriegsjahren entstandenen Vereine der ehemaligen Deutschen aus Bessarabien haben sich zum „Bessarabiendeutschen Verein“ zusammengeschlossen.

Stuttgart: Nach dem 2. Weltkrieg gründeten die ehemaligen Bessarabiendeutschen drei Vereine:

Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen e.V. mit Sitz in Stuttgart; Hilfskomitee der ev.-luth. Kirche aus Bessarabien e.V. mit Sitz in Hannover; Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien e.V. mit Sitz in Stuttgart.

Diese Vereine haben sich erfolgreich für die Belange und die Integration ihrer Mitglieder eingesetzt und halten in ihrem Heimatmuseum die Kultur und die Tradition ihrer Vorfahren in vielfältiger Weise fest, um sie für die nachwachsenden Generationen zu bewahren.

Bei den Bessarabiendeutschen handelt es sich in der Hauptsache um württembergische Auswanderer, die nach den Napoleonischen Kriegen aus wirtschaftlichen und religiösen Grün-

den nach Südrussland, nördlich des Schwarzen Meeres, ausgewandert sind. Sie haben dort 126 Jahre in über 150 Dörfern hauptsächlich als Bauern gelebt.

Aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes wurden fast alle Bessarabiendeutschen, ca. 93.000 Personen, im Jahr 1940 in das damals besetzte Polen umgesiedelt.

1945 mussten sie vor heranrückenden russischen Truppen fliehen und landeten als Flüchtlinge nach vielen Wirren zum Großteil wieder in ihrer württembergischen Urheimat. Die Stadt Stuttgart hat schon vor über 50 Jahre die Patenschaft für die Bessarabiendeutschen übernommen. Auch die Eltern von Bundespräsident Horst Köhler sind einst aus Bessarabien gekommen.

Der Bessarabiendeutsche Verein hat seinen Sitz in Stuttgart, Florianstraße 17, dort ist auch das immer gut besuchte Heimatmuseum mit seinen Archiven und einer Bibliothek untergebracht. In Hannover besteht eine Geschäftsstelle für den nord- und ostdeutschen Raum.

Buchempfehlungen

Dr. Paul-Gerhard Eberlein

„Schlesische Kirchen“ – Eine Auswahl der schönsten Kirchen Schlesiens in der Zusammenführung des Autors polnischer und deutscher Kunstfotografen. Senfkorn Verlag Görlitz, 23,50 €

Prof. Dr. Rudolf Grulich

„Europassion“ / Kirche – Konflikte – Menschenrechte Festschrift zum 60. Geburtstag von R. Grulich

Gerhard Hess Verlag 2006, ISBN 3-87336-350-X, 36,- €

Otto Hupp

„Königreich Preußen – Die Wappen und Siegel der deutschen Städte, Flecken, Dörfer“, 4. Auflage

Kulturstiftung Bonn, ISBN 3-88557-220-6, 24,50 €

Blumenwitz/Gornig/Murswiek

„Das Recht auf die Heimat“

Kulturstiftung Bonn, ISBN 3-42812063-9, 78,- €

Stankowski

„Lager für Deutsche“ am Beispiel Pommerellen/Westpreußen

Kulturstiftung Bonn, ISBN 3-88557-207-9, 14,40 €

Ute Schmidt

„Die Deutschen aus Bessarabien“ – Das ungewöhnliche einer Minderheit aus Südosteuropa anhand von zahlreichen Biographien“

Böhlau-Verlag, ISBN 3-412-01406-0

Kunstdruck - Bildmappe „Josef de Ponte“

Limitierte, handsignierte Exponate aus den Jahren 1946 – 2006, Zusammenstellung der Motive von W. Clement, J. Weisbarth und Tochter Dr. S. de Ponte Näheres KV Biberach, Herr Weissbarth, Tel. 07351-18300, ca. 150,- €

Wilfried Stolle

„Ich fahre zum Iglauer Singkreis“ – 50-jähriges Jubiläum des Singkreises vom Wiederaufbau nach der Vertreibung bis jetzt -. Der Autor erläutert Hintergründe, ordnet das Singkreisgeschehen in die historischen Zusammenhänge ein, läßt Zeitzeugen zu Wort kommen, ergänzt durch heitere Episoden.

Näheres zu erfragen über DJO, Tel 0711/625138

Prof. Dr. Rudi Maskus

„Es müssen Schutzengel gewesen sein“

– Das Schicksal eines Überlebenden aus Breslau in Schlesien (Neuerscheinung) Senfkorn – Verlag, ISBN 3-935330-23-5, 9,90 €

„Auch das geschah“ – Hundert Zeitzeugen über Flucht und Vertreibung

ISBN 3-9806234-2-4, 9,- €

„Brutale Übergriffe“ – Gewalt an deutschen Heimatvertriebenen

ISBN 3-9806234-3-2, 9,- €

Beide Bücher können beim Verlag R.Makus, Tel./Fax: 06403-2546 bestellt werden.

Kulturelle Landestagung der AG – Frauen im BdV

Innenminister Heribert Rech als Überraschungsgast



„Das Geheimnis der Versöhnung ist die Erinnerung“ lautete das Thema, unter welches die Landesvorsitzende der AG Frauen, Frau Hil-

de Witopil, ihre kulturelle Landestagung im November 2006 gestellt hatte. Fast 50 Frauen aus dem ganzen Land waren der Einladung in das Stuttgarter Haus der Heimat gefolgt und haben sich einem anspruchsvollen, aber auch beanspruchenden Programm gestellt. Überraschungsgast war der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler, Innenminister Heribert Rech, MdL, von Frau Witopil herzlich begrüßt und den Anwesenden mit viel Beifall empfangen.

Ein ebenso herzlicher Willkommensgruß galt dem BdV – Landesvorsitzenden Arnold Tölg, zugleich erster Referent der Tagung. Sein Thema lautete: „Unsere Vergangenheit – Blick in die Zukunft“. Tölg stellte in den Mittelpunkt seines Referates die Eindrücke einer Reise durch seine schlesische Heimat im Sommer 2006. Die Ausstellung „Erzwungene Wege“, die Lehrhandreichung u.a. mehr sollen das geschichtliche Wissen vertiefen und bewahren als Fundamente der Begegnung und Versöhnung mit den östlichen Nachbarn.

„Versöhnen – Erinnern“, auch der 2. Referent, Gerhard Müller, Mitglied des Sudetendeutschen Landschaftsrates ging auf dieses vielschichtige Thema ein und warf die Frage auf, wie wir es selbst schaffen, mit Vertreibung und Völkermord fertig zu werden. Als Weg sieht er die Aufarbeitung der Geschichte der jungen Deutschen uns Tschechen. Er berichtete über diesbzgl. interessante Kontakte.

Für Herrn Niebling, Leiter des Hauses der Heimat, ist Hauptaufgabe die Bewahrung von Kultur und Geschichte der Gebiete der Heimatvertriebenen. Er umriß die darauf zielenden Aktivitäten 2007 des Hauses der Heimat.

„Erzwungene Wege“, diesem Thema widmete sich BdV – Landesgeschäftsführer Klein in seinem Referat. Dabei ging es ihm vornehmlich auch um die „Nur – Opfer – Rolle“ der Polen. Ein

Blick auf die Zwischenkriegszeit 1920 – 1939 läßt berechtigte Zweifel an einer so gearteten polnischen Geschichtsbeurteilung aufkommen. Zahlreiche geschichtliche Fakten untermauerten die Ausführungen des Referenten.

„Menschenrechte achten – Vertreibungen ächten“, darüber referierte Frau Uta Lüttich, die Landesvorsitzende der LM Ostpreußen. Dabei ging sie auf die Kriegereignisse 1945 und ihre Folgen für Königsberg und Ostpreußen ein. Sie schilderte die Tragödie von Flucht und Vertreibung über Land und See und ermahnte, dieses Schicksal nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Frau Elisabeth Ritter befaßte sich mit der Besiedlung des Baltikums seit dem Jahr 1000, das Entstehen deutscher Siedlungsgebiete und die Entwicklung des Landes bis zur Umsiedlung der Balteutschen 1940. Sie brachte dabei den Teilnehmerinnen auch ihren persönlichen Lebensweg nahe.

Dem „Bild der Deutschen in der polnischen Literatur“ waren die Ausführungen von Gräfin Vitzthum von Eckstädt gewidmet. Diese sei allzu lange und allzu stark von nationalistischen, antideutschen Tendenzen bestimmt gewesen und habe ihrerseits ein Feindbild der Deutschen aufgebaut und Anteil an der aggressiven Deutschlandpolitik der Polen über lange Zeiträume.

Über „Erlebnisse in der Heimat – einst und jetzt“ berichtete die Vorsitzende der Sudetendeutschen LM in Pforzheim, Frau Dworschak. Im Schönhengstgau, ihrer sudetendeutschen Heimat, gibt es seit 10 Jahren ein Begegnungszentrum, das vornehmlich

von den Nachkommen der Erlebnisgeneration im Rahmen deutsch – tschechischer Kulturtag u.a. mehr gut besucht wird.

In besonderem Maße beeindruckend waren auch die persönlichen Ausführungen der Vorsitzenden Frau Witopil zum Thema „Vertreibung, das tragischste Kapitel meiner Jugend“. Schilderungen wie diese appellieren gegen das Vergessen und die Verharmlosung dieses Kapitels der Geschichte.

Der Landesvorsitzende der LM Schlesien, Günther Zimmermann, berichtete über die durchaus positiven Entwicklungen in Schlesien einschl. Oberschlesien seit der Wende und die vielfältigen Aktivitäten auch grenzüberschreitender Art seiner Landsmannschaft.

Angefüllt mit diesen Referaten, war der Abend der 2-tägigen Kulturtagung ganz anderer Art. Die Singgruppe „Elchschaufel“ der LM Ost- und Westpreußen aus Pforzheim erfreute die Teilnehmerinnen mit Liedgut aus der Heimat.

Wenn auch am Ende dieses Berichts, so war der besondere Höhepunkt der Besuch des Innenministers Heribert Rech. Er würdigte in seinem Grußwort die Arbeit der Frauen und dabei insbesondere auch der Landesvorsitzende Frau Witopil. Dieser Dank fand seinen Ausdruck in ein paar musikalischen Stücken auf seiner Geige, eine nicht zu überbietende Freude und Dankesbezeugung. Frau Witopil, sichtlich gerührt, dankte ihm mit herzlichen Worten. Ihr selbst wurde am Ende der Tagung uneingeschränkte Zustimmung und Dankbarkeit der Damen zuteil.

Die Tagung schloß in der angenehmen Erwartung, auch im Jahr 2007 in bewährter Weise und unter ebenso bewährter Führung, die Landesfrauentagung – jetzt zum 15. Mal - durchführen zu können.



Termine: März – April – Mai

- 03.03.**
BdV-KV Heidelberg Stadt u. LM
 Märzgedenkefeier, Friedhof Leimen
LM Schlesien, Lgr. BW
 Landesvorstandssitzung in Stuttgart
- 04.03.**
BdV-KV Aalen
 Gedenkveranstaltung, Kranzniederlegung, Waldfriedhof
Sudetendeutsche LM, Lgr. BW
 Zentrale Gedenkfeier zum 4. März 1919 im Haus der Heimat in Stuttgart
BdV-KV Biberach
 Räume, Zeiten, Menschen“ Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm
BdV-KV Schwäbisch Gmünd
 4. Märzgefallenengedenkfeier Dreifaltigkeitsfriedhof Schw. Gmünd
- 05.03.**
BdV-OV Radolfzell
 Treffen, Haus der Diakonie, Radolfzell
- 07.03.**
LM Ostpreußen
 Vortrag „Königsberg gestern-Kaliningrad heute“ Haus der Heimat Stuttgart
- 08.03.**
BdV-KV Ludwigsburg - OV Asperg
 Heimatnachmittag, Schillerschule
- 10.03.**
Nordostd. LM u. Bund der Danziger, Kgr. Freiburg
 Diavortrag „Vom Elbsandsteingebirge bis Hamburg“, Deutscher Kaiser
- 11.03.**
BdV-KV Heidelberg Stadt
 Monatsversammlung, Referat März 1919, Rega Hotel, HD
- 13.03.**
BdV-KV Ludwigsburg – OV Bietigheim
 Heimatnachmittag, Hockey- u. Tennisclub
- 15.03.**
BdV-KV Aalen
 Jahreshauptversammlung um 15 Uhr im Böhmerwaldheim in Aalen
BdV-KV Schwäbisch Gmünd
 Rosenau Trio, Eichendorffgedenkf. z. 150. Todestag, Stadtgarten, Schwäb. Gmünd
- 16.03.**
BdV-OV Beutelsbach
 Jahreshauptversammlung, 19.30 Uhr im Gemeindehaus St. Anna 1 OG
Sudetendeutsche LM, Lgr. BW
 Frühjahrsgespräch der Sudetend. Vereinigungen
- 17.03.**
LM Banater Schwaben
 Landestrachtenfest, Göppingen
- 17./18.03.**
Südmährischer Landschaftsrat
 46. Kulturarbeitstagung, Geislingen
- 18.03.**
BdV-KV Ludwigsburg – Ostsudeten
 Jahreshauptversammlung, Gaststätte
- Mona Lisa, Ludwigsburg
- 25.03.**
BdV-KV LB – Egerländer Gmoi
 Hauptversammlung Gasthof Bäuerle
- 31.03.**
Pommersche LM Lgr. BW
 Landeskulturtagung
LM Schlesien, Lgr. BW
 Landesdelegiertenversammlung, Stgt.
- 04.04.**
LM Ostpreußen
 Vortrag „Kann man Preußen auflösen? 60 Jahre nach dem Kontrooratsbeschluss“, 18.30 Uhr Haus der Heimat Stuttgart
- 10.04.**
BdV-KV Ludwigsburg – OV Bietigheim
 Heimatnachmittag, Hockey- u. Tennisclub
- 12.04.**
BdV-KV Ulm / Alb-Donau
 Jahreshauptversammlung, Heimatstuben
BdV-OV Asperg
 Heimatnachmittag, Schillerschule
- 14.04.**
Sudetendeutsche LM, LG BW
 Landesversammlung im Haus der Heimat Stuttgart
- 15.04.**
BdV-KV Ludwigsburg – Ostsudeten
 Heimatnachmittag, Gaststätte Mona Lisa, Ludwigsburg
- 16.04.**
Nordostd. LM u. Bund der Danziger, Kgr. Freiburg
 Videoschau, „Unsere Städte im Internet“, Deutscher Kaiser
- 21.04.**
BdV-KV Ludwigsburg – Schlesier
 Hauptversammlung, Jambo, Schorn-dorfer Str.
- 22.04.**
BdV-KV Heidelberg Stadt
 Monatsversammlung, Referat: „Alte Heimat Kuhländchen“, Rega Hotel, HD
- 23.-25.04.**
LM Schlesien, Lgr. BW
 Landeskulturtagung in Blaubeuren
BdV-KV Ludwigsburg – Ostpreußen
 Frühlingsfest, Krauthof, Ludwigsburg
- 25.04.**
BdV-OV Böblingen
 Ausflug blühender Frühling
- 27.-29.04.**
DJO- AK Spielscharen + Iglauer Singkreis
 Iglauer Musikantentreffen, Neckarzimmern
- 28.04.**
LM Westpreußen, Stuttgart
 Vortrag: „Märchen und Sagen um die Fürstenhäuser in Westpreußen, HdH, Stuttgart
- 29.04.**
LM Weichsel-Warthe, Lgr. BW
- Delegierten und Kulturtagung, HdH Stuttgart
- 01.05.**
BdV-OV Beutelsbach
 Maiwanderung, 9.30 Uhr Abmarsch beim Sängerheim
- 04.05.**
BdV-KV HD Stadt u. LM Schlesien
 Muttertagsfahrt, Bruchsaal Schloß, Hauptbahnhof, HD
- 05.05.**
BdV-LV Baden-Württemberg
 Landesverbandstag in Stuttgart
- 05.-12.05.**
BdV KV HD Stadt – OV Eppelheim
 Fahrt nach Mittelungarn
- 07.05.**
BdV-OV Radolfzell
 Treffen, Haus der Diakonie, Radolfzell
- 08.05.**
BdV-KV Ludwigsburg – OV Bietigheim
 Heimatnachmittag, Hockey u. Tennisclub
- 12.05.**
Nordostd. LM u. Bund der Danziger, Kgr. Freiburg
 Diavortrag, Deutscher Kaiser
BdV-KV Biberach
 Muttertagsfeier u. 55-jähr. Jubiläum LM Schlesien, Biberach-Bergerhausen
BdV-Ludwigsburg OV Asperg
 Tagesausflug Hohenlohe/Franken
- 13.05.**
BdV-KV Bad Saulgau/Sigmaringen
 Jahreshauptversammlung/Bad Saulgau
- 17.-30.05.**
LM Schlesien, Lgr. BW
 Kurreise nach Bad Flinsberg
- 17.-30.05.**
LM Schlesien, Lgr. BW
 Kurreise nach Bad Kudowa
- 19.05.**
BdV-KV Esslingen
 Heimatabend, Osterfeldhalle Esslingen-Bergheim
- 20.05.**
59. Vertriebenenwallfahrt auf dem Schönenberg
 Ellwangen/Schönenberg
BdV-KV Biberach
 Teilnahme an Vertriebenenwallfahrt mit Trachtengruppe und Aussiedler
BdV-KV Ludwigsburg – Ostsudeten
 Heimatnachmittag, Gastst. Mona Lisa, Ludwigsburg
- 26.05.-04.06.**
LM Schlesien, Lgr. BW
 Studien- und Begegnungsreise nach Schlesien, Gem. evang. Schlesier
- 26./27.05.**
58. Sudetendeutscher Tag in Augsburg
- 26.05.-02.06.**
LM Westpreußen, Stuttgart
 Reise Danzig / Thorn / Elbing



Hieronimus Bache

Wir trauern um unseren ehemaligen BdV-Kreisvorsitzenden Hieronimus Bache, der bis zu seiner schweren Erkrankung 1997 den BdV KV Reutlingen mit großem Engagement führte. Bache war in dieser Zeit zugleich Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, zu deren Ehrenvorsitzenden er bei seinem krankheitsbedingtem Ausscheiden ernannt wurde. Hieronimus Bache hat sich mit der Schaffung des Gedenksteins „Unvergessene Heimat“ mit den Wappen aller Landsmannschaften und seinem stets unermüdlichen, mitreißenen Einsatz höchste Zuneigung und Anerkennung erworben. Wir alle schulden ihm Dank und werden dem Schlesier ein stets ehrendes Gedenken bewahren.

Hans Georg Mojem 80 Jahre

Der Landesgeschäftsführer der Banater Schwaben, Hans G. Mojem, vollendete am 21.12.2006 sein 80. Lebensjahr. H. G. Mojem erlebte wie viele das Schicksal seiner Banater Landsleute: Realgymnasium in Temeswar, Unterbrechung und Einberufung zur deutschen Armee, Gefangenschaft, glücklicherweise nur kurz, Schulabschluß und Studium in Oberösterreich, 1946 Rückkehr in's Banat, als Gegner des Kommunismus Vorhaltung, Scheinprozeß, Gefängnis, Verlust des Arbeitsplatzes, schließlich nach Neubeginn bis zum Chef- und Hauptbuchhalter hochgearbeitet, 1977 Ausreise und von da an als Buchhalter bei Oberfinanzdirektion in Stuttgart tätig. Sofort Engagement in seiner Landsmannschaft, bald ehrenamtlich in mehreren Ämtern, darunter stellv. Bundesvorsitzender, übt er in seiner Eigenschaft als stellv. Landesvorsitzender unverändert zugleich auch das Amt als Landesgeschäftsführer seiner Landsmannschaft im Haus der Heimat in Stuttgart aus. Landsmann Mojem ist auch für den BdV ein stets loyaler, wertvoller Gesprächspartner und Mitstreiter. Wir wünschen ihm noch lange Jahre Kraft für sein wertvolles Wirken und weiteres persönliches Wohlergehen.

BdV – KV Schwäbisch Gmünd Totengedenken

Auftakt der Gedenkfeier am Totensonntag bildete eine Ansprache des Münsterpfarrers Klocker in der Friedhofskapelle, umrahmt von einem musikalischen Zwischenspiel, bevor die Vorstände und Mitglieder des BdV, der Landsmannschaften und Heimatgrup-

pen zum Ostlandkreuz zogen und unter den Klängen des „guten Kameraden“ Kränze niederlegten und BdV-Kreisvorsitzender Lange Worte des Gedenkens sprach. Eingangs hat Münsterpfarrer Klocker an den beispiellosen Völkermord des II. Weltkriegs erinnert. Er leitete über zu den Gefährdungen auch unserer Zeit, weckte aber zugleich Hoffnung, so, wie das Kommen Jesu Christi nicht Untergang sondern Erlösung verheiße. Gedenken und nach vorne blicken, mit Zuversicht an Gottes neuer Welt bauen, so der Aufruf und Schlußappell des Pfarrers.

BdV-KV Reutlingen Feier am Gedenkstein

Für den Totensonntag, am 26. November um 11 Uhr - es war ein sonniger Herbsttag - hatte Ldsm. Knorrn im Namen des BdV auf den Friedhof „Römerschanze“ eingeladen. Vorstände und Mitglieder einiger Reutlinger Landsmannschaften folgten der Einladung, um sich an die Heimat, Flucht und Vertreibung mit allem Leid zu erinnern. In einem Gedicht wurde an die Gräber zuhause erinnert, die der Welt auch heute noch etwas zu sagen haben. Heimat ist heilige Erde, wo unsere Toten ruhen. Ldsm. Knorrn zitierte den schlesischen Schriftsteller Joseph Wittig, dem Heimat, seine Kultur und Brauchtum viel bedeutet hat. Einen würdigen Abschluss erhielt die Feier durch ein Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“. Am Gedenkstein wurden Gestecke niedergelegt, Lichter zum Gedenken waren angezündet.

BdV-KV Bad Saulgau/Sigmaringen Im Glauben vereint

Der Bund der Vertriebenen, Ortsverband Bad Saulgau, hatte zu einer Feierstunde ins katholische Gemeindehaus geladen. Dabei stand ein besinnlicher Vortrag von Pfarrer Wolfgang Knor im Mittelpunkt. Für eine besinnliche Stimmung sorgten aber auch nachdenkliche Worte von Bürgermeister Johannes Häfele, die von Melitta Barczyk vorgebrachte Lesung, die gemeinsam gesungenen Lieder und die „Atma Etspera“, gesungen von Laura Pfeiffer, die am Klavier von Reinfrid Gantner begleitet wurde. Pfarrer Knor erzählte von Maria und Josef, die in der Herberge in Bethlehem keine Bleibe fanden. Maria musste ihr Kind in einer Hütte zur Welt bringen. Als Josef im Traum von einem Engel hörte, dass Herodes dem Kind nach dem Leben trachtet, flieht er mit Maria und dem Kind und sucht sich eine andere Heimat. Auch Abraham habe seine Heimat verlassen müssen. Die

BdV KV Freiburg-Stadt Franz Quitter als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt.

Bei den am 10.11.06 unter der Leitung von Wahlleiter Herr Dr. Franz Pelz durchgeführten Neuwahlen, wurde Franz Quitter einstimmig in seinem Amt als BdV-KV wiedergewählt. Weitere Mitglieder des Kreisverbandes sind:

Stellvertreter: Dr. Günter Henhappl

Kasse: Lore Lay

Schriftführerin: Irmhild Feketics

Kulturreferent: Wolfgang Peter Woseipka

Frauenfragen: Lore Lay

Spätaussiedler: Melitta Beck

Prüfung-Kasse: Michaela Wilms-Marschang

Beisitzer: Peter Braun, Dr. Gisela von Preradovics, Karin Schefold, Emma Feist

Vertreter der Landsmannschaften
Gotthard Boronowski, LM Schlesien
Hermann Schicker, Sudetendeutsche LM,
Dr. Wolfgang Kollbau, Nordostdeutsche LM,
Christian Lay, LM der Banater Schwaben,
Ernst Prediger, LM der Siebenbürger Sachsen,
Walter Wittmann, LM der Deutschen aus Russland

Berichte über Veranstaltungen in 2006 und Planung im Jahr 2007 bestimmten den weiteren Verlauf des Kreisverbandes. Der Tag der Heimat wird in diesem Jahr unter Verantwortung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und deren Vorsitzenden Hermann Schicker durchgeführt.

Gemeinschaft mit Christus sei nicht an Ort und Zeit gebunden, der Glaube sei das Verbindende. Er mache das Volk Gottes aus. Bürgermeister Häfele erinnerte an die Vertreibung vieler Deutscher nach dem zweiten Weltkrieg. Trotz des damaligen Unrechts dürfe dieses nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Es sei ein Verdienst der Vertriebenen, dass sie dies vorgelebt und damit zum Frieden in Europa entscheidend beigetragen hätten. Franz Berger wandte sich gegen Bestrebungen, die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat sei eine Fügung Gottes gewesen. Er nannte dies ein Werk der Unmenschlichkeit. Er kritisierte, dass seine Deutung der damaligen Geschehnisse sich in Warschau oder Prag noch nicht entscheidend durchgesetzt hätte. Mit einem Dank an alle Mitwirkenden schloss Berger seine Ausführungen.

Erfahrungsaustausch des BdV-Landesvorstandes Baden-Württemberg mit den landmannschaftlichen Landesvorsitzenden

Einer Einladung des BdV-Landesvorsitzenden Arnold Tölg folgend hatten sich die landmannschaftlichen Landesvorsitzenden am 10.02. zu einem Rundgespräch und Erfahrungsaustausch in Stuttgart zusammengefunden. Im Mittelpunkt der vom Landesvorsitzenden der Schlesier, Günther Zimmermann, angeregten Gesprächsrunde standen Kurzberichte über die Arbeitsschwerpunkte der Vorsitzenden mit anschließender Aussprache. Die Berichte spiegelten eine große Vielfalt landmannschaftlicher Arbeit in Baden-Württemberg wie auch darüber hinaus bis in die einzelnen Bundeslandmannschaften wirkend wider. Die Zeit reichte nicht aus, um die Vielzahl angeschnittener Themen angemessen zu erörtern, wes-

halb der Wunsch und die Übereinstimmung bestand, noch in diesem Jahr eine 2-tägige Klausurtagung durchzuführen. Ein weiterer Schwerpunkt der Zusammenkunft bildete die Arbeit des Hauses der Heimat in Stuttgart im staatlichen wie auch verbandlichen Bereich. Die hier vorgetragenen Anliegen der Verbände an das Haus der Heimat sollen in nächster Zeit mit den Verantwortlichen in Erwartung befriedigender Lösungen erörtert werden. Der BdV-Landesvorsitzende bewertete die 7-stündige Zusammenkunft in seinem Schlusswort in Übereinstimmung mit allen Anwesenden als wertvoll und dankte allen für die Teilnahme und das im Geiste gemeinsamen Willens und des Miteinanders geprägten Gesprächs.

BdV-OV Reilingen besuchte Haus der Heimat

Rund 50 Teilnehmer umfaßte die Gruppe des BdV Reilingen (Mannheim – Land) mit der Vorsitzenden Hannelore Kilian und ihrem Stellvertreter Hüpsel an der Spitze, die am 11. 12. dem Haus der Heimat einen Besuch abstattete. BdV – Landesvorsitzender Arnold Tölg war eigens nach Stuttgart angereist, um der Besuchergruppe über die Arbeit des Landesverbandes zu

berichten und den Teilnehmern Rede und Antwort zu stehen.

Durch einen Mittagstisch gestärkt besuchte die Gruppe das weihnachtliche Stuttgart, bevor man – mit Zwischenstation – von einer inhaltsreichen Fahrt wohlbehalten heimkehrte. Der so gestärkte Gemeinschaftssinn und die neuen Erfahrungen sind Anregungen für kommende Zeiten.

BdV-KV Karlsruhe

Jahreshauptversammlung: Johannes Dorn als KV bestätigt.

Bei der am 30.11.06 durchgeführten BdV-Kreisversammlung wurde Johannes Dorn in seinem Amt als Kreisvorsitzenden bestätigt. Im Mittelpunkt der Kreisversammlung standen die Rechenschaftsberichte des Kreisvorsitzenden Dorn, des Schatzmeisters Wolfgang Hanagarth und weiterer Vorstandsmitglieder. Landesgeschäftsführer Klein nahm zu aktuellen Fragen der Verbandsarbeit Stellung. Die vom Stellvertreter Gre-

gor Wick gut vorbereitete Kreisversammlung spiegelte insgesamt eine erfreuliche Aktivität wieder, wobei die Veranstaltung zum Tag der Heimat mit dem Hessischen Innenminister zweifellos das herausragende, von den Landmannschaften bestens unterstützte Ereignis darstellte.

Mit Gelegenheit zur Aussprache und allgemeinen Gesprächen endete die sehr harmonisch verlaufene Kreisversammlung.

121. Preußische Tafelrunde in Pforzheim

Großen Zuspruch fand auch die 121. Preußische Tafelrunde, zu welcher der Vorsitzende Heinz Müller alle Landsleute und Gäste in dem sehr niveauvollen Parkhotel begrüßen konnte, darunter die Landesvorsitzende der Frauen im BdV, Frau Hilde Witopil, die BdV-Kreisvorsitzende Ursula Schack sowie Landesgeschäftsführer Ulrich Klein wie auch kommunale Persönlichkeiten. Ein besonderer Gruß galt dem Referenten, Christoph Hinkel-

mann vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. Er widmete sich in seinem höchst interessanten Lichtbildervortrag dem Thema „Mit Windkraft und Propeller - Bilder aus Ostpreußens Luftfahrtgeschichte“, welcher den wichtigen Anteil Ostpreußens an der Entwicklung der Luftfahrt verdeutlichte. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung in schöner Weise mit Liedern der Singgruppe „Elchschaufel“.

05. Mai 2007
BdV-Landesverbandstag
um 10.30 Uhr
im Haus der Heimat in Stuttgart
05.-06. Oktober 2007
Landeskulturtagung des
BdV-Landesverband BW u.
Landesgruppe der Sudetendeutschen LM BW
in Freiburg / Brsg.

BdV – KV Heidelberg Jahreshauptversammlung

Seit einem Jahr als BdV-Kreisvorsitzender und Nachfolger von Herrn Wolf im Amt, ließ der Tätigkeitsbericht von Herrn Pitronik erkennen, dass er sich bereits voll in sein neues Amt eingearbeitet hat und eine gute Bilanz vorlegen konnte. Seinem Bericht folgte der Bericht des Schatzmeisters Jakob, der Kulturreferentin und stv. Kreisvors., Thilde-Hoppe, sowie landmannschaftlicher Vertreter. Landesgeschäftsführer Klein bezeichnete in seinem Redebeitrag die Nachfolge durch Herrn Pitronik als „Glücksfall“ und dankte ihm namens des Landesverbandes für sein großes Engagement. Herr Pitronik konnte abschließend vermelden, dass Festrednerin beim Tag der Heimat 2007 am 16.09. in Heidelberg die BdV-Präsidentin Erika Steinbach sein wird. In dem Bewußtsein eines auch zukünftig umfassenden Programmangebots seitens des BdV-Kreisverbandes endete die Kreisversammlung.

Der BdV-Landesgeschäftsstelle Dank für die großartige Geste

Ich habe Ihr Paket mit Informationen erhalten. Ich wollte mich auf diesem Weg noch einmal für diese großartige Geste bedanken, denn aufgrund der von Ihnen bereitgestellten Informationen konnte ich die letzten „Lücken“ in der Ausarbeitung meiner Hausarbeit noch auffüllen und sie um einige wichtige Fakten und Berichte ergänzen. Ich werde mir diese Großzügigkeit Ihres Verbandes merken und Sie mit den besten Worten weiter empfehlen. Besten Dank und freundliche Grüße
Markus Holl

26./27.05.2007 Sudetendeutscher
Tag in Augsburg
30.06./01.07.07 Bundestreffen der
Schlesier in Hannover
28./29.07.2007 Bundestreffen der
Südmährer in Geislingen
22.09.2007 Bundestreffen der Karpato-
tendeutschen in Karlsruhe-Durlach

Stuttgarter Adventssingen

Der BdV — Kreisgruppe Stuttgart — veranstaltet zusammen mit dem Chor der Arbeitsgemeinschaft der Sing-, Tanz- und Spielkreise in Baden-Württemberg seit Jahren das Stuttgarter Advents-Singen. Im Mozartsaal der Stuttgarter Liederhalle gaben 60 bis 70 Trachtenträger ein farbenfrohes Bild ab. Aus allen deutschen Landschaften, vom Schwarzwald und Südtirol bis nach Schlesien, ins Egerland oder den Schönhengstgau erblickte der Kundige die bunten Festtagstrachten. Ebenso reichhaltig waren die Lieder und Musikstücke, welche die verschiedenen Gruppen auf der Bühne darboten. Die Zusammengehörigkeit der gesamten deutschen Volkskultur in ihrer Vielfalt fand einen überzeugenden Ausdruck: so bunt wie die Trachten waren Lieder, Musikstücke und Lesungen. Sie wiesen in großem Bogen auf das Weihnachtsgeschehen hin. Die Musikgruppen, vom Stuttgarter Spielkreis Blockflöten, Querflöten und Streicher, aus dem Un-

terland das Alphontrio, eine Stubenmusik sowie der Egerländer Dudelsack wechselten sich mit den Liedern vom Chor ab, wobei nahezu ohne Pausen das ganze 90-minütige Programm mit feinen Vor- und Zwischenspielen eine Einheit bildete. Bemerkenswert war die gute Abstimmung der Dirigenten. Herbert Preisenhammer, der seit nunmehr 36 Jahren das Advents-Singen leitet, gab unbemerkt das Dirigat an seine Nichte Gerlind Preisenhammer weiter. Zum Höhepunkt der heiter-besinnlichen Veranstaltung wurde der Auftritt einer Jugendgruppe, die mit lebendiger Gestik eine kleine Szene über den Jubilar des Jahres 2006, Wolfgang Amadeus Mozart, darbot und flotte Musikstücke mit allerlei Instrumenten (Blockflöten, Akkordeon, Geigen und Posaune) gekonnt aufspielte. Es wäre wünschenswert, dass noch mehr BdV-Gruppen dieses Advents-Singen besuchen würden, zumal auch um 11



Uhr eine Veranstaltung stattfindet und die Preise sehr moderat gegenüber anderen Veranstaltern sind.

Ladenburg/KV Mannheim-Land: Thema Vertreibung ist immer aktuell

Vor genau 60 Jahren zählte die heute rund 11 000-köpfige Römerstadt nur rund 4500 Einwohner. Innerhalb von drei Monaten wuchs 1946 die Zahl um 1000 Heimatvertriebene unter anderem aus Schlesien und dem Sudetenland an. Viele Straßennamen in der Weststadt wie Breslauer und Banater Straße erinnern daran. „Wir wurden alle aufgenommen“, ist Josef Salinger bis heute dankbar für die Gastfreundschaft. Die Flüchtlinge hätten sich mit Fleiß und Anpassungsbereitschaft in die örtlichen Gemeinschaften eingefügt. Als Vorsitzender der sudetendeutschen Landsmannschaft / BdV in Ladenburg stellte der Elektromeister die Adventsfeier im Nestor-Hotel diesmal unter das Motto „60 Jahre Vertreibung und Integration“. Erstmals hatte Salinger neben dem bewährten Alleinunterhalter auch einen Referenten eingeladen. Knapp 30 Mitglieder waren gekommen. Salinger bedauerte die mangelnde Resonanz etwas. Umso erfreuter begrüßte er Ulrich Klein, den Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen.

Nach Kaffee und selbst gebackenem Kuchen trat Walter Götz, der Leiter der Volkshochschule Neckarhausen ans Rednerpult. Götz beleuchtete die „Aktualität des historischen Phänomens“ Vertreibung. Dieses Schicksal teilten nach Kriegsende rund 16 Millionen Deutsche, waren aber beileibe kein geschichtlicher Einzelfall. Das gesamte 20. Jahrhundert sei eine Epoche der Flüchtlinge gewesen. Eines der jüngeren Beispiele: die so genannten ethnische Säuberungen im Balkangebiet. Dass die Bürgerkriegsflüchtlinge dort wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten, sei ein kleines Zeichen der Hoffnung, schloss Götz.



BdV KV Heilbronn Neujahrsempfang am 20.01.2007 „Ehrenamt unverzichtbar“ Neujahrsempfang des Bundes der Vertriebenen

Die Arbeit von über 100.000 ehrenamtlich tätigen Mitglieder im Bund der Vertriebenen und seinen Landsmannschaften stellte der Kreisvorsitzende Harald M. Wissmann beim Neujahrsempfang des Kreisverbandes in den Mittelpunkt. Dieser ehrenamtliche Einsatz Vertriebenen, Aussiedler und deren Nachkommen bestimme gerade heute maßgeblich die Pflege, Erhaltung und Fortentwicklung des kulturellen Erbes der Heimat- und Herkunftsgebiete der Ost-, Sudeten und Süddeutschen. Dies manifestiere sich sowohl in der inländischen Kulturarbeit als auch in grenzüberschreitenden Maßnahmen in den Heimatgebieten. Für die Stadt Heilbronn und den Gemeinderat lobte Bürgermeister Wilfried Hajek die Arbeit des Kreisverbandes. Ehrenamtliches Engagement sei eine tragende Säule unserer Gesellschaft und könne nicht genug gewürdigt werden. Mit seinem Engagement leiste der BdV einen wichtigen Beitrag zur Inte-

gration von Vertriebenen und Aussiedlern. Die kulturelle Breitenarbeit trage zur kulturellen Vielfalt in Heilbronn bei. Im Heilbronner Haus der Heimat finden jährlich bis zu 300 Veranstaltungen statt.

Für die anwesenden Parlamentarier Thomas Strobl (CDU) und Reinhold Gall (SPD) stellte Johanna Lichy (CDU) die europäische Komponente der Arbeit des BdV heraus. Ohne dessen engagierte Arbeit sei eine Fortführung der Bemühungen um den vom Gesetzgeber gewollten Erhalt des deutschen kulturellen Erbes nicht denkbar. Der BdV und seine Landsmannschaften leisteten einen wichtigen Beitrag zum Dialog mit den europäischen Nachbarn durch Diplomatie von unten. Republikaner-Stadtrat Alfred Dagenbach sprach sich für die Unterstützung des geplanten Zentrums gegen Vertreibung in Berlin durch die Stadt Heilbronn aus.

Heilbronner Stimme, 25.01.07

Ministerialdirektor Rainer Arnold zu Gast bei BdV – Jahresschlußsitzung

Der BdV – Landesvorstand veranstaltete seine bereits traditionelle Jahresschlußsitzung gemeinsam mit den landsmannschaftlichen Landesvorsitzenden und den BdV – Kreisvorsitzenden am 5. Dezember im Haus der Heimat in Stuttgart.

Als prominenten Gast konnte der BdV – Landesvorsitzende Arnold Tölg Herr Min. Dir. Arnold, den höchsten Beamten des Innenministeriums willkommen heißen. Seine etwa 3/4- stündigen Ausführungen wurden mehrfach von den Anwesenden mit Beifall unterbrochen und beeindruckten alle durch das uneingeschränkte Bekenntnis Arnolds zu den Wiederaufbauleistungen der Heimatvertriebenen im Bundesland BW wie auch seine Anteilnahme am schweren Schicksal der Vertreibung und dem Heimatverlust. Min. Dir. Arnold unterstrich in seinen Darlegungen die Unterstützung des Landes für die Heimatvertriebenen. Er verdeutlichte im Hinblick auf die EU – Osterweiterung die besondere Rolle der Heimatvertriebenen mit ihrer Kenntnis um die Kultur und betonte die schon über viele Jahre bestehenden Partnerschaften in den Heimatgemeinden mit hohem persönlichen und materiellen Einsatz. Auch dies sei ein Beleg für die notwendige Kulturförderung des Landes nach § 96 BVFG.

Es entwickelte sich anschließend eine



Fotos: Pitronik

lebhaftes Aussprache. In seiner Eröffnung ging Arnold Tölg auf die aktuellen Fragen der Verbandsarbeit ein. Er würdigte dabei den unverändert großartigen Einsatz der Vorsitzenden und vieler treuer Mitstreiter, wie er auch der Landesgeschäftsstelle für die Arbeit Dank und Anerkennung aussprach.

Mit großem Interesse folgte man der Präsentation über die Arbeit und Vorhaben des Hauses der Heimat durch dessen Leiter Herrn Niebling. Herr Berner, Vorsitzender der LM der Sathmarer Schwaben, referierte über die Aktivitäten seiner Landsmannschaft - auch mit grenzüberschreitenden Maßnahmen - und die Möglichkeit der Einbindung der Jugend in die Arbeit.

Die Damen der Landesgeschäftsstelle hatten mit zusätzlicher Unterstützung für das leibliche (Mittags-)Wohl gesorgt. Besinnliches in Wort und Musik

mit der Volksmusikgruppe der Ehepaare Schneider und Spies vom Südwestdeutschen Gauverband gaben der Veranstaltung einen schönen weihnachtlichen Abschluß.



Veranstaltungen des Hauses der Heimat

14.03. von 17 – 20 Uhr und 15.03.2007 von 14 – 17 Uhr im Großen Saal Verzierung von Kratzeiern. In diesem Workshop kann man die besondere Technik, die bei Schlesiern, und Böhmerwäldler und Slowakischen Kratzeiern traditionell angewandt wird, kennen lernen. Unter fachlicher Anleitung können die Teilnehmer selbst die Ziertechnik erlernen. Geeignet für junge Erwachsene und Juggebliebene. Anmeldung unter 0711/669 51 11.

15.03.2007, 18 Uhr im Ausstellungsraum, 4 OG., In der Reihe SPURENSUCHE „Meine Wurzeln in deiner Heimat“. Lesung mit Joachim Otto

22.03.2007 von 9.30 – 17 Uhr Lehrerfortbildung „Auch in unserer Biographie spiegelt sich deutsche Geschichte wider“. Lebenswege von Russlanddeutschen vom Zweiten Weltkrieg bis heute. Zeitzeugen von Deportation, Spätaussiedlung und Integration im Geschichtsunterricht. Fortbildung für aktive Lehrkräfte des Faches Geschichte. In Zusammenarbeit mit dem RP Stuttgart, Abt. 7

28.03.2007 17 Uhr im Großen Saal Buchpräsentation: Zar Alexander I. von Russland und das Königreich Württemberg mit Dr. Susanne Dietrich. CD-Präsentation: Musik am Petersburger Hof des Zaren Alexander I. Es musiziert das Hoffmeister-Quartett. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturforum.

13.05.2007 11 Uhr im Großen Saal „Einblicke 3 – Werke aus drei Jahrhunderten“ Matineekonzert und CD-Präsentation mit dem Malinconia-Ensemble Stuttgart, u.a. mit Widmar Hader (1941 Elbogen/Eger)



20 Jahre Ostdeutsche Heimatstube in Beutelsbach / Kreis Waiblingen

Es war nur ganz wenig, oft nur ein einzelnes Erinnerungsstück, nach dem Heimatvertriebene in der Hektik der Vertreibung griffen, und das seit 1986 Aufnahme in der Ostdeutschen Heimatstube fand und heute von der alten Heimat kündigt. Karl Hacker war es, der BdV-Ortsvorsitzende, der 1980 erstmals diese Idee dazu hatte, welche mit Unterstützung vieler Mitglieder, der BdV-Landeskulturstelle und

der Stadt Weinstadt in den frei werdenden Räumen der „Arme-Konrad-Stube“ zur Verwirklichung führte. Rund 10.000 Besucher haben sich bisher in der Heimatstube und den verschiedenen, parallel laufenden Ausstellungen über Flucht, Vertreibung und Eingliederung informiert. Karl Hacker, Dietmar und Peter Rösler sei auch an dieser Stelle für den wertvollen Einsatz gedankt.

300 Teilnehmer beim Neujahrsempfang der Vertriebenen in Bad Krozingen Hartmut Koschyk, MdB: „Rückgabeforderungen bleiben rechtlich offen“

Eine Veranstaltung sollte es werden, die nicht nur Bad Krozingen sondern in Südbaden die Menschen ermuntert und auffordert, sich ihrer deutschen Heimat bewusst zu sein. Es sollte eine Veranstaltung werden, wo auch junge Menschen mit der Heimat der Väter und Großväter vertraut werden. Über 60



Jahre haben wir für unsere Heimat gekämpft, die Erlebnisgeneration stirbt langsam aus, es ist Fünf nach Zwölf und viele ehrenamtliche Landsleute sind müde oder verstorben. Sollen wir die Flinte ins Korn werfen oder um unser Menschenrecht, dem Recht auf die Heimat, kämpfen?, so der Kreisvorsitzende des BdV Freiburg-Land, Wolfgang Fiolka. Und weiter: „Es war nicht leicht in Südbaden, für diese Veranstaltung Menschen zu begeistern. In einer Gegend, die von der Landeshauptstadt weit entfernt ist, in der die Vertriebenen erst sehr spät ein neues Zuhause fanden. Aber wir wollten beweisen, dass es noch genügend Deutsche gibt, die an der Geschichte interessiert sind, für unser Anliegen Verständnis haben und mit uns gemeinsam dafür eintreten. Es ist nicht immer einfach, im Jahr 2007 noch politische Verantwortliche zu finden, die den Mut besitzen, sich für die deutschen Interessen einzusetzen, ohne in Schwierigkeiten zu geraten. Einer der Mutigen ist Hartmut Koschyk, aber dies nicht erst seit heute. Wir hatten ihn deshalb als Hauptredner zu unserer Veranstaltung geladen. Es war kaum zu glauben, es kamen ca. 300 Personen, der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, es waren Leute aus der verlorenen Heimat, Freunde, Bekannte, Interessierte aus dem Badener Land und viele Vertreter aus Politik, der Studentenschaft und interessierten Organisationen. Es fehlte auch nicht der DFK aus Liegnitz mit einer Delegation, die Burschenschaften aus München und Freiburg, mit ihren Chargierten, die Bürgermeister der Umgebung und vor allen Dingen die Vertreter des CDU-Kreisverbandes mit ihren Vorsitzenden, die Junge Union, die Vertreter der Sudetendeutschen Jugend, der Landesvorstand der UdVF mit der Vorsitzenden Frau Rip-sam, der LV des BdV Stuttgart mit Frau Witopil und Frau Wulff. Der Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Schweiz. Vertreter aus Frankreich, der

Wirtschaft aus Stuttgart, die Vertreter der Kirche, die Landsmannschaften waren selbstverständlich. Der schlesische Chor aus Biberach, die Breisgauer Stubenmusik aus Staufen. Die Fahnenträger aus Oberschlesien und vor allen Dingen interessierte Bürger aus Wirtschaft, Kultur und Politik.“

Die „Badische Zeitung“ schrieb in ihrem 2-Spalter mit der obigen Überschrift:

Die Anliegen Vertriebener fielen gelegentlich auch bei jenen Politikern auf fruchtbaren Boden, denen man keine besondere Neigung zu diesem Thema nachsage. So seien nach dem Amtsantritt von Rot-Grün 1998 die Fördermittel für kulturelle und soziale Arbeit in ehemals deutschen oder deutsch geprägten Ostregionen zwar rigide zusammengestrichen worden, den Deutsch-Ungarn blieben die Hilfen jedoch umfangreich erhalten.

Dahinter steckte niemand Geringerer als der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer, der unter der deutschen Minderheit in Ungarn Verwandte habe. Dies sagte der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk in seiner Festrede am Samstag bei der Veranstaltung des BdV und der Union der Vertriebenen der CDU im Bad Krozinger Kurhaus. Koschyk war von 1990 bis 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der Unionsfraktion und ist derzeit parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion; zuvor war er vier Jahre lang Generalsekretär des BdV. Er wies den Vorwurf zurück, es gehe seiner Klientel um handfeste Rückgabeforderungen,

betonte aber auch, dass diese Frage „rechtlich offen bleiben muss“, solange sich die Regierungen in Prag und Warschau nicht mindestens zu einer deutlichen Geste der Entschuldigung entschließen könnten.

Auch auf das viel diskutierte „Zentrum gegen Vertreibungen“ ging der Abgeordnete aus Bayreuth ein. Länder wie Polen und Tschechien seien eingeladen worden, an der Umsetzung mitzuwirken. Schon heute verfüge das Konzept über prominente Unterstützer wie etwa den ungarischen Literaturnobelpreisträger Imre Kertesz. Man wolle aber, so Koschyk weiter, nicht darauf warten, bis auch noch „der letzte Bürokrat in Warschau seinen Segen zu den Plänen“ erteilen werde.

Abgerundet wurde die Festveranstaltung, an die sich ein Neujahrsempfang anschloss, durch musikalische Darbietungen des Schlesischen Heimatchores aus Biberach und die Stauffer Stubenmusik, soweit die Badische Zeitung. Alle Anwesende waren von der Veranstaltung begeistert und man spürte den Optimismus. Als Fazit stellte Wolfgang Fiolka fest, dass dort wo die Menschen mit der Wahrheit und der Geschichte vertraut gemacht werden, das Vertrauen, die Begeisterung und der Wille zur Mitarbeit, auch bei jungen Menschen wächst. Es geht nicht mehr nur um die Erlebnisgeneration sondern um die Rechte eines Volkes, um die Vermittlung an die junge Generation, wie unsere Vorfahren seit dem ersten Weltkrieg für den Erhalt der deutschen Kultur gekämpft haben. Deutschland besteht nicht seit 1933, auch nicht aus nur negativen Ereignissen. Deutschland ist auch ein Land auf das man stolz sein kann und wofür es sich lohnt zu kämpfen.

